


DEUTSCHE POLIZEI

DEZEMBER 2014 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



25. Ordentlicher Bundeskongress

**Die Polizei fordert Rückhalt
in Politik und Gesellschaft**

 Nordrhein-Westfalen

STANDARDMASSNAHMEN IM ERMITTLUNGSVERFAHREN

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie Nr. 21

Von **Detlef Averdiek-Gröner** und **Christoph Frings**.



1. Auflage 2014

Umfang: 160 Seiten,

Format: 17 x 24 cm, Broschur

Preis: 14,90 € [D] (Abo: 12,90€ [D])

ISBN 978-3-8011-0741-3

Das Ermittlungsverfahren und die damit verbundenen Standardmaßnahmen bieten sowohl im täglichen Dienst als auch in der Aus- und Fortbildung vielfältige rechtliche und praktische Problemstellungen. Als Standardmaßnahmen im Ermittlungsverfahren haben sich seit Langem die Durchsuchung und Beschlagnahme, die vorläufige Festnahme, die erkennungsdienstliche Behandlung sowie die Vernehmung und die Wiedererkennungsmaßnahmen etabliert. Seit einiger Zeit gilt zudem die Entnahme von Körperzellen – bei Vorliegen der entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen – als eine solche Standardmaßnahme.

Ausgehend von einem Leitsachverhalt werden diese Maßnahmen von den Autoren in diesem Lehr- und Studienbrief ausführlich dargestellt und anhand dieses Sachverhaltes erläutert. Die Verfasser geben einen Überblick über rechtliche Rahmenbedingungen, kriminaltaktische Problemstellungen und erfolgskritische Umstände. Weiterhin berücksichtigen sie auch ausgewählte einsatzrelevante und eingriffsrechtliche Aspekte.

Übersichten gewährleisten einen schnellen Überblick über die Tatbestandsvoraussetzungen einschlägiger Eingriffsbefugnisse und stellen die idealtypischen Abläufe in der praktischen Umsetzung dar. Abschließend finden sich zu den denkbaren klausurtypischen Fragestellungen entsprechende Lösungsskizzen.



DIE AUTOREN

Detlef Averdiek-Gröner, Polizeidirektor

Christoph Frings, Kriminaldirektor



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.VDPolizei.de

Weihnachten



CHROMORANGE / P. Widmann/dpa

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Erscheinen der Dezember-Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI schließt sich für unsere Leserinnen und Leser wie auch die Kolleginnen und Kollegen der DP-Redaktion – wieder einmal – ein Jahr voller Nachrichten, Ereignissen und Begebenheiten. Zusammen haben wir uns über manches geärgert, vieles hat uns überrascht.

Einiges hat uns traurig gestimmt oder hoffnungsfroh in die Zukunft blicken lassen.

Das Themen bewegen, haben die vielen Leserzuschriften eindrucksvoll demonstriert. Dafür möchte sich die Redaktion bei ihren Leserinnen und Lesern herzlich bedanken und gleichzeitig dazu aufrufen, nicht nachzulassen und meinungsstark zu bleiben.

Mit dem ersten Advent und der beginnenden Zeit der Besinnlichkeit steuert der Dezember womöglich auch auf den einen oder anderen Weihnachtsstreit, vor allem an den Feiertagen, zu. Nicht selten sind es dann Polizistinnen und Polizisten, die durch ihre Ruhe und Kraft die Händel schlichten.

Polizistinnen und Polizisten, die dem festlichen Kreis ihrer eigenen Familien fern bleiben müssen, um draußen ihre Aufgabe zu erfüllen. DEUTSCHE POLIZEI wünscht allen Kolleginnen und Kollegen ein frohes wie sicheres Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das neue Jahr.

INHALT

Dezember 2014

- 2** **TITEL/25. Ordentlicher Bundeskongress**
GdP fordert für Polizei mehr Rückhalt in Politik und Gesellschaft ein
- 6** *Dr. Thomas de Maizière: Es ist nicht die Zeit, Personal bei der Polizei abzubauen*
- 9** *Resolution – „Leben in Sicherheit“*
- 10** *Heiko Maas: Abschaffung der bundeseinheitlichen Besoldung war ein Fehler*
- 12** *Resolution – „Polizei in Sicherheit“*
- 13** *GdP mit neuem Grundsatzprogramm*
- 14** *Impressionen*
- 16** *Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio: Der Rechtsstaat ist die stabile Ordnung der Freiheit in Achtung der Würde des Menschen*
- 18** *DGB-Vorsitzender: Wir lehnen jegliche Formen von Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten ab*
- 20** *Frank Henkel: Wir müssen neue Wege in der Sicherheitspolitik gehen*
- 20** *Grünen-Innenexpertin regt die Schaffung eines Polizeibeauftragten an*
- 21** *Linken-Bundesvorsitzender: Auf Kosten der Gesundheit der Polizeibeamten gespart*
- 22** *Würdige Verabschiedung*
- 23** *Impressionen*
- 24** *Delegierte stellen gewerkschaftspolitische Weichen*
- 26** *Suche nach mutmaßlich falschem Delegierten – Soko „Petz“ veröffentlicht Kongress-Filmmaterial*
- 27** **POLIZEIGESCHICHTE** *Zu zeigen, was eigentlich gewesen ist – zugleich eine Ergänzung der Forschungsergebnisse zur Nachkriegspolizei in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen*
- 32** **FORUM**
- 34** **POLIZEI-PROJEKT** *DHPol forscht über verbesserten Fan-Dialog im Fußball*
- 34** **STUDIE** *„Alterung ist kein Bedrohungsszenario“*
- 36** **WETTKAMPF** *18. Deutsche Polizei-Schachmeisterschaft*
- 37** **ISRAEL-TOUR** *Outdoor durch Wüste und Berge*
- 38** **SENIORENJOURNAL**
- 40** **IMPRESSUM**



TITEL

GdP fordert für Polizei mehr Rückhalt in Politik und Gesellschaft ein



Geschäftsführender Vorstand: Oliver Malchow (51, Vierter v. I.) wurde von den Delegierten für weitere vier Jahre zum Bundesvorsitzenden gewählt. Die Berliner Polizeiangestellte Kerstin Philipp (51, Erste v. I.) und der Uelzener Polizeihauptkommissar Jörg Radek (54, Dritter v. I.) wurden ebenso in ihren Ämtern als stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende bestätigt wie der Erste Polizeihauptkommissar Arnold Plickert (57, Sechster v. I.) aus Herne sowie der Braunschweiger Polizeihauptkommissar Dietmar Schilff (52, Fünfter v. I.). Jörg Bruchmüller (55, Neunter v. I.), Erster Polizeihauptkommissar aus Wehretal in Hessen, übernimmt erstmals das Amt des Bundeskassierers und folgt dem Brandenburger Andreas Schuster (55), der 16 Jahre das Amt innehatte. Der Baden-Württemberger Polizeihauptkommissar Rüdiger Seidenspinner (54, Zweiter v. I.) ist neuer GdP-Bundesschriftführer.

Als weitere Mitglieder des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes gewählt wurden die niedersächsische Polizeiangestellte Elke Gündner-Ede (58, Siebente v. I.) und erstmals in dieses Gremium der bayerische Erste Polizeihauptkommissar Clemens Murr (48, Achter v. I.).

Foto: GdP/Immel

25. ORDENTLICHER BUNDESKONGRESS

Von Rüdiger Holecek, Wolfgang Schönwald und Michael Zielasko

„Leben in Sicherheit“ lautete das Motto des 25. Ordentlichen Bundeskongresses der Gewerkschaft der Polizei (GdP), der vom 10. bis 12. November in Berlin stattfand. 252 Delegierte aus dem ganzen Bundesgebiet erörterten 242 Anträge und wählten einen neuen Geschäftsführenden Bundesvorstand. Die Geschlossenheit der Gewerkschaft der Polizei zu festigen und die durch die Föderalismusreform drohende Spaltung der Polizei zu verhindern, markierte der GdP-Vorsitzende Oliver Malchow als Schwerpunkte seiner künftigen Arbeit.

Der 51jährige Kriminaloberrat aus Schleswig-Holstein, der im Frühjahr 2013 das Amt seines Vorgängers Bernhard Witthaut übernommen hatte, sagte: „Unser Motto spannt bewusst einen weiten Bogen: Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität und Gewalt, Schutz der Polizeibeamtinnen und -beamten im täglichen Dienst vor Übergriffen, soziale Sicherheit als Voraussetzung für sozialen Frieden. Jedes Jahr wird in Deutschland eine Stadt von der Größe Heidebergs ausgeraubt. Die Gefahr besteht, dass die Menschen das Vertrauen in den Rechtsstaat verlieren, wenn seine Institutionen nicht mehr in der Lage sind, Hab und Gut zu schützen. Als Polizeibeamte stellen wir im täglichen Dienst eine wachsende Gewaltbereitschaft fest, die sich nicht gegen uns als Personen, sondern als Amtsträger und Repräsentanten unseres Staates richtet. Auch die soziale Lage der Polizeibeamtinnen und -beamten hat sich in den letzten Jahren verschlechtert, was nicht zur Berufszufriedenheit beiträgt.“



Mehrklassen-Polizei nicht dulden

Malchow erinnerte daran, dass es die Gewerkschaft der Polizei war, die in ihrer über 60-jährigen Geschichte die deutsche Polizei entwickelt und geformt, sie zivil und bürgernah gestaltet sowie Demokratisierungsprozesse eingefordert hat. „Wir waren es,

Ländern untereinander, immer weiter auseinander driften. Es ist ein Unding, dass die Kolleginnen und Kollegen bei gleichen Aufgaben von Bundesland zu Bundesland heutzutage teils einige hundert Euro mehr oder weniger im Monat verdienen, verschiedene Lebensarbeitszeiten haben und unterschiedlich ausgestattet sind. Darunter leidet nicht nur die Attraktivität des



GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow mit scharfer Kritik an Föderalismusreform: „Diese Mehrklassen-Polizei gilt es, schnellstens wieder abzuschaffen.“ Fotos: GdP/Immel

die erfolgreich um eine qualifizierte Ausbildung, moderne Ausstattung und einen gesellschaftlichen und materiellen Status gekämpft haben, um den uns Polizeibesetzende auf der ganzen Welt beneiden. Unsere Polizei ist heute in der gesamten Welt anerkannt und angesehen. Das wäre nicht gelungen, wenn die Polizeibesetzenden nicht mit einer Stimme gesprochen hätten, und das war die Stimme der GdP.“

Heute, 64 Jahre nach ihrer Gründung, so der Bundesvorsitzende weiter, müsse sich die GdP wiederum großen Herausforderungen stellen. Malchow: „Die Länder nutzen Handlungsspielräume insbesondere im Besoldungsrecht, sodass die Besoldung im Vergleich zwischen Bund und Ländern, aber auch zwischen den

Berufsbildes des Polizisten, sondern auch die Effizienz der gesamten deutschen Polizei. Diese Mehrklassen-Polizei gilt es, schnellstens wieder abzuschaffen. Denn es kann nicht sein, dass die Polizei um den besten Nachwuchs nicht nur mit Wirtschaft und Industrie ringen muss, sondern auch noch in den Ländern untereinander in einen Konkurrenzkampf getrieben wird.“

Tarifrunde steht vor der Tür

Eine schwierige Lohn- und Gehaltsrunde für die Tarifbeschäftigten in den Ländern stehe vor der Tür. Malchow sagte: „Gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Deutschen Gewerkschaftsbund bilden wir eine starke



25. ORDENTLICHER BUNDESKONGRESS

Front gegen die Sparkommissare der Landesregierungen. Wir werden unsere Kräfte bündeln, aktionsfähig und kämpferisch sein.“

Der 25. Ordentliche Bundeskongress fand in den Medien große Aufmerksamkeit. In zahlreichen Interviews prangerte der Bundesvorsitzende im-

Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen hat die von uns vermutete Entwicklung wissenschaftlich bestätigt. Es war unsere Gewerkschaft der Polizei, die der Sache auf den Grund gegangen ist und das Thema öffentlich gemacht hat. Wir haben die Politik für dieses Thema sensibilisie-

lizisten nicht länger von den Gerichten als Bagatelldelikt abgetan, sondern als Straftat geahndet werden. Und wir brauchen einen eigenständigen Paragraphen 115 im Strafgesetzbuch bei Angriffen auf Polizisten und Rettungskräfte. Denn wer Polizisten angreift, greift den Staat an. Dass auch



Gefragter Interview-Partner am Rande des 25. Ordentlichen GdP-Bundeskongresses. Oliver Malchow über die Gewalt gegen die Polizei sowie die Forderung nach einem Strafgesetzbuch-Paragraphen 115 für Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten. Foto: GdP/Immel

mer wieder die wachsende Gewaltbereitschaft gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten an.

Gewalt gegen Polizei öffentlich gemacht

„Vor mehr als zehn Jahren haben uns unsere Kolleginnen und Kollegen“, so Malchow, „im täglichen Polizeidienst immer häufiger von gewalttätigen Übergriffen zum Teil aus den banalsten Einsatzen berichtet. Diese alarmierenden Meldungen häuften sich, ergaben aber noch kein konkretes Bild. Eine erste, von uns in Auftrag gegebene Studie durch das

ren können und auch Gesetzesänderungen bewirkt. Wir haben bei diesem Thema nicht lockergelassen und werden es auch weiterhin nicht tun. An die Anpöbeleien und Beleidigungen, denen unsere Kolleginnen und Kollegen täglich ausgesetzt sind, wollen und werden wir uns nicht gewöhnen. Wir wissen, dass wir, die Polizei, das Vertrauen und die Achtung der Bürgerinnen und Bürger genießen. Wir wissen, dass wir als Polizistinnen und Polizisten eine gute Arbeit machen. Wir sind selbstbewusst genug, auf den Respekt und die Autorität zu bestehen, die zur Erfüllung unserer Aufgaben notwendig sind. Wir brauchen eine Mindeststrafe, damit Angriffe auf Po-

Mitarbeiter in Ämtern, Busfahrer und viele andere, die mit ihrer Arbeit zum Funktionieren unseres Gemeinwesens unter Gewaltattacken, Anpöbeleien und Beleidigungen zu leiden haben, zeigt ja, dass in unserer Gesellschaft vieles aus dem Ruder gelaufen ist. Wer sich einmal anhört, was eine Kassierererin in einem Supermarkt am Tag so alles einstecken muss, kriegt eine Gänsehaut. Polizisten sind deshalb besonders betroffen, weil sie die sichtbarsten Vertreter unseres Staates sind, immer an den Nahtstellen der Gesellschaft stehen und sich vor allem vor bedrohlichen Situationen nicht drücken können, sondern für uns alle Recht und Gesetz auch dort verteidigen müssen,



wo andere wegsehen oder weglaufen können. Deshalb verlangen wir auch einen besonderen Schutz für unsere Kolleginnen und Kollegen. Alle, insbesondere öffentliche Einrichtungen und Institutionen, müssen mehr tun, um ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihren oft sehr schwierigen Aufgaben

rigere Aufgaben seien mit immer weniger Personal zu bewältigen: „Respekt und Anerkennung schwinden. Der tägliche Dienst wird immer gefährlicher. Der Rückhalt in Politik und Gesellschaft fehlt. Wir warnen vor dem Schaden, den eine solche Entwicklung in unserer Gesellschaft anrichtet, wenn

sives, aufwändiges, aber rechtstaatlich notwendiges Verfahren. Und es ist für die Kolleginnen und Kollegen eine persönlich sehr belastende Aufgabe.“

Malchow: „Die Konflikte zwischen verschiedenen Nationalitäten und Glaubensrichtungen nehmen zu, die Aufnahmekapazitäten müssen erweitert werden, Betreuer und Verwalter scheinen überfordert. Jeden Tag fahren die Kolleginnen und Kollegen Einsätze aufgrund von Vorkommnissen in und um Asylbewerber-Einrichtungen. In der Bevölkerung wächst die Sorge nicht nur um Leib und Leben, Hab und Gut, sondern insbesondere auch die Angst vor politischem oder religiösem Extremismus und gewalttätigen Auseinandersetzungen auf unseren Straßen. Dieser Angst muss ernsthaft begegnet werden, damit die Aufnahmebereitschaft bestehen bleibt und nicht Rechtsradikalen die Lösung zugetraut wird.“



GdP-Chef Oliver Malchow skizziert in der Kongress-Presskonferenz die aktuelle Lage der inneren Sicherheit wie der Polizei – es gibt immer mehr Aufgaben für immer weniger Polizei. Rechts im Bild GdP-Pressesprecher Rüdiger Holecek. Foto: GdP/Immel

Potenzial islamistischer Terroristen wächst weiter

Der Zulauf zu den menschenverachtenden Kämpfern des sogenannten Islamischen Staates (IS) aus aller Welt und auch aus Deutschland sei alarmierend, die schnellen Radikalisierungsprozesse vor allem bei jungen und sehr jungen Menschen unter den in den Irak oder nach Syrien ausreisenden Dihad-Kämpfern erschütternd. Das Potenzial islamistischer Terroristen wachse.

Malchow: „Unsere Aufgabe ist es nun, zu verhindern, dass religiöse Fanatiker und militante politische Gruppen die angespannte Weltlage auch in unserem Land nutzen, um ihr eigenes Süppchen zu kochen. Wie zum Beispiel Hooligans und Rechtsextreme, die sich neuerdings zu dem angeblichen Ziel verbünden, islamistische Extremisten wie Anhänger des „Islamischen Staates“ (IS) und Salafisten in unserem Land zu bekämpfen. Wir wissen, dass dies nur ein Vorwand ist. Diese gewaltbereiten und alkoholisierten Horden haben nur das im Kopf, was sie schon immer hatten: Randalen und Auseinandersetzungen mit der Polizei sowie Machtdemonstration und Einschüchterung der Bürger.“

Nicht die Aufklärung von Verbrechen, sondern ihre Verhinderung sei, so Malchow weiter, der Paradigmenwechsel in der Aufgabenstellung der Sicherheitsbehörden. „Neun Anschlä-

für das Allgemeinwohl zu schützen und zu unterstützen.“

ihr nicht Einhaltung geboten wird und die Anzeichen für negative Veränderungen sind unübersehbar.“

Mehr Aufgaben – weniger Personal

Auch beim Thema Personalsituation, so der Bundesvorsitzende, werde die GdP nicht lockerlassen. Malchow: „Haus- und Wohnungseinbrüche nehmen zu, die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und das Tatmittel Internet fordern immer mehr personal- und zeitintensive Ermittlungen. Die Anforderungen an die Polizei in Strafverfahren wachsen, Ermittlungen und Beweisaufnahmen erfordern einen immer höheren Zeitaufwand. Die Zahl der geschlossenen Einsätze steigt ebenso und beansprucht allein zum Schutz von Fußballereignissen heute pro Saison eine Million Einsatzstunden mehr als vor einem Jahrzehnt. Dagegen wurden seit 1997 bei der Polizei bundesweit etwa 15.600 Stellen abgebaut.“

Immer mehr und immer schwie-

Immer mehr Bürgerwehren

Die Bevölkerung sei verunsichert und traue dem Gewaltmonopol des Staates nicht mehr zu, sie zu schützen. Bundesweit gründeten sich Bürgerwehren, bislang rund 30 an der Zahl und die Polizei müsse sie mühevoll in Sicherheitspartnerschaften einbinden, damit weder ihnen selbst noch unbeteiligten Bürgerinnen und Bürgern etwas passiere.

Auch internationale Krisen und Konflikte zeigten Auswirkungen auf Deutschland. Malchow: „Die Zahl der Flüchtlinge und Asylsuchenden überschreitet bald die 200.000er-Marke. Viele von ihnen können nicht in Deutschland bleiben. Fast 8.000 mussten per Flugzeug, auf dem Landwege oder per Schiff in ein anderes Land abgeschoben, Hunderte zurückgewiesen werden. Jedes Mal ein personalinten-



ge haben wir verhindert. Zweimal haben wir Glück gehabt“, bilanzierte der BKA-Chef jüngst in einem „Welt“-Interview. Malchow: „Allein auf das Glück sollten wir aber künftig nicht setzen: 2010 zählten wir rund 120 islamistische Gefährder. Derzeit werden 230 Personen als Gefährder eingestuft und rund 300 stehen als sogenannte relevante Personen unter Beobachtung. Sie bilden zumindest die logistische Basis und können die Vorbereitung eines Anschlags unterstützen. In zurzeit 420 Ermittlungsverfahren stehen 650 Beschuldigte mit islamistischem Hintergrund. Das gesamte islamistisch-terroristische Personenpotenzial wird auf 1.000 geschätzt. Die gesamte radikalislamische Salafistenszene wird nach den Prognosen des Verfassungsschutzes noch in diesem Jahr auf 7.000 Personen anwachsen.“

Die Probleme der inneren Sicherheit nicht länger ignorieren

Der GdP-Vorsitzende klagte die Politik an, die die wirklichen Probleme der inneren Sicherheit zu lang ignoriert habe. Malchow: „Polizistinnen und Polizisten sind zu Prügelknaben geworden. Nach Einsätzen wird nicht über die Straftäter diskutiert, sondern über angebliche Fehler und Fehleinschätzungen der Polizei. Hier waren zu viele Einsatzkräfte, dort zu wenig. Hier hat die Polizei zu hart durchgegriffen, dort war sie zu nachsichtig. Für viele hat sich das Thema innere Sicherheit in den letzten Jahren auf die Debatten um eine Kennzeichnungspflicht für Polizisten oder auf die Einrichtung von Beschwerdestellen gegen Übergriffe reduziert. Die zunehmende Gewalt gegen uns und die Ablehnung des Staates ist vollkommen ignoriert worden. Und leider bekommen unsere Kolleginnen und Kollegen das zu allererst zu spüren. Und wir haben immer gewarnt: Passt auf, wir sind nur die erste Zielscheibe. Die Angriffe zielen aber tiefer: auf unseren Rechtsstaat, unsere Zivilgesellschaft, überhaupt auf das Regelwerk, das ein friedliches und freiheitliches Zusammenleben gewährleistet.“

Dr. Thomas de Maizière: Es ist nicht die Zeit, Personal bei der Polizei abzubauen

Bundesinnenminister Thomas de Maizière forderte mehr Respekt für die Polizistinnen und Polizisten in Deutschland. „Sie können erwarten, dass nicht nur die Politiker, sondern die ganze Gesellschaft, für die Sie Ihre Arbeit machen, Sie auch dann unterstützt, wenn es mal schwierig wird“, betonte der Minister in seiner Rede an die Delegierten, in der er zu Beginn die herzlichsten Grüße der Bundesregierung überbracht hatte. De Maizière gratulierte dem Bundesvorsitzenden Oliver Malchow und dem Geschäftsführenden Bundesvorstand zu dieser überzeugenden Wahl und wünschte sich weiterhin eine sehr gute Zusammenarbeit.

Er wolle heute, so der CDU-Politiker, insbesondere über Rolle und Auftrag von Polizisten reden. Er sei, soweit es seine Zeit erlaube, viel unterwegs, um den Alltag der Polizistinnen und Polizisten kennenzulernen, auch bei der Bundespolizei – übrigens auch ohne großes Gefolge aus dem Präsidium. „Ich will sozusagen den örtlichen Chef und die Kolleginnen und Kollegen dort erleben und nicht die Chefs, die ich achte und schätze und ohnehin häufiger sehe“, sagte de Maizière.

Der Minister zitierte einen Beitrag aus der GdP-Zeitung „DEUTSCHE POLIZEI“, „von einer Kollegin aus Bochum, Griechin“. Sie schreibe, „die Polizei wird immer hilfloser. Einzelne Beamte können Grenzen setzen. Aber ohne Rückhalt der Politik und Gerichte werden diese mehr und mehr fallen. Das kann nicht sein, dass wir als Polizeibeamte kaum mehr Rechte haben und fürchten müssen, bei jeder rechtmäßigen Maßnahme, bei der wir uns gegenüber straffälligen Migranten durchsetzen müssen, sanktioniert zu werden.“

Gewalt gegen Vollzugsbeamte überall anzutreffen

De Maizière betonte: „Der mangelnde Respekt gegenüber Polizisten – von Beleidigungen bis roher Gewalt – nimmt zu. Das ist auch meine Wahrnehmung. Und zwar durchgehend und bei unterschiedlichen Tätergruppen. Bei links- und rechtsextremistischen Gruppen ebenso wie bei alkoholisierten Fußballanhängern bis hin zu Einzelnen



Bundesinnenminister Thomas de Maizière forderte in seinem Grußwort an die Delegierten des GdP-Bundeskongresses mehr Respekt für die Polizei.

Foto: GdP/Immel



25. ORDENTLICHER BUNDESKONGRESS

und Gruppen, für die die Auseinandersetzungen mit der Polizei vielleicht so etwas wie Eventcharakter haben. Aber auch besoffene Eheleute, die ihre Frau verprügelt haben und sich gegen Polizisten wehren, die diese Prügelei beenden wollen.“ Diese Gewalt gegen Vollzugsbeamte werde nicht nur in Celle, in Hamburg und in Köln beobachtet, sie sei überall anzutreffen.

Seit 2011 werden in der Polizeilichen Kriminalstatistik gesondert die Zahlen zu Vollzugsbeamten als Opfer von Gewaltdelikten ausgewiesen. Im Auftrag der IMK wurde ein eigenes Lagebild erstellt. Dem Innenminister zufolge sind im vergangenen Jahr rund 59.000 Polizisten Opfer von versuchten oder vollendeten Straftaten geworden und 3.400 Opfer von vollendeten oder versuchten gefährlichen und schweren Körperverletzungen. Da seien „alle Pöbeleien noch nicht mitgezählt“. Die Zahlen seien zwar rückläufig gegenüber 2012. „Das ist gut. Aber das Gesamtbild zeigt ein erschreckend hohes Gewaltniveau. Und ich denke, damit müssen wir uns beschäftigen“, erklärte de Maizière. Er ergänzte: „Wir wollen das tun, das haben wir in der Koalition auch verabredet. Wir haben 2011 die Strafandrohung gegen Vollstreckungsbeamte erhöht. Sogar mit der FDP. Es gibt jetzt Überlegungen, das erneut zu tun oder woanders zu tun. Sie haben das gefordert. Wir können darüber reden. Aber ich will doch darauf hinweisen, dass die IMK sich vorgenommen hat, bis Frühjahr 2015 die Dinge erstmals zu evaluieren und danach einen Vorschlag zu machen. Und das halte ich für richtig.“

Für Einsatzkräfte seien natürlich auch praktische Verbesserungen wichtig. „Wir haben in der Innenministerkonferenz die Verbesserung der persönlichen Körperschutzausstattung, der schlag-, stich- und flammenhemmenden Einsatzbekleidung beschlossen. Die kosten natürlich unter der konsequenten Berücksichtigung der Themen Eigensicherung und Kommunikationstraining in der Aus- und Fortbildung. In dem Zusammenhang bin ich auch interessiert, von Ihnen zu hören, was sie von den Kameras halten, die Polizisten selbst dabei haben können.“ De Maizière ergänzte: „Kein trivialer Vorgang.“

Die Schutzausstattung bei der Bundespolizei entspreche, sagte er weiter, bereits diesem Stand der Technik. Auch eine gute Ausstattung könne trotzdem in den Trageeigenschaften noch verbessert werden, insbesondere, was das

Gewicht angehe. Es gebe im Moment auf dem Markt keine einsatzfähige, leichtere Schutzausstattung mit den gleichen Eigenschaften. „Wir wollen das aber aufgreifen und werden daran arbeiten, dass wir da noch besser werden“, fügte er hinzu.

„Wir haben vielleicht auch einen Fehler gemacht“

„So weit, so gut oder so weit, so schlecht. Der Brief Ihrer Kollegin aus Bochum offenbart aber, glaube ich, ein grundsätzlicheres Problem, was über Strafrecht und Schutzausrüstung hinausgeht. Es hat zu tun mit dem Ansehen der Rolle der Polizisten in unserem Land. Und ich finde es schon merkwür-

Polizisten auch immer nur als freundlich lächelnden Freund und Helfer der Bevölkerung dargestellt. Die Kriminalpolizei rät und macht Nummern auf Fahrrad. Der Verkehrspolizist kommt in die Schule und berät die Eltern freundlich, was zu tun ist. Der Polizist ist ein freundlich, meistens umsonst arbeitender Sachverständiger für Versicherungsunternehmen bei Kfz-Unfällen“, sagte de Maizière unter dem Applaus der Delegierten und bemerkte: „Der Beifall bezog sich hoffentlich nicht auf die Sache, sondern auf meinen ironischen Unterton dabei.“

Mit Blick auf die innere Sicherheit sagte der Minister, die Zahl der Straftaten sei seit vielen Jahren im Grunde gleichgeblieben und liege bei sechs Millionen. „Wir haben sogar in be-



Die teils selbstkritischen Worte von Bundesinnenminister de Maizière stießen auch bei der innenpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen Irene Mihalic MdB (2.v.l.) durchaus auf Zuspruch. Ebenso bei den Mitgliedern des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstands, Rüdiger Seidenspinner, Elke Gündner-Ede und Clemes Murr (v.l.). Foto: GdP/Immel

dig, dass in allen Berufsbefragungen der Polizistenberuf an erster, zweiter oder dritter Stelle steht. Aber wenn es ernst wird, ist es mit der Unterstützung der Polizei dann immer oft nicht so weit her“, schilderte der Minister seine Wahrnehmungen.

„Wir haben vielleicht auch einen Fehler gemacht. Ich habe es versucht, mit meinem Gespräch mit Ihrer Zeitung deutlich zu machen. Wir haben vielleicht in der Vergangenheit den

stimmten Delikten einen signifikanten Rückgang. Und dennoch empfinden viele Menschen das anders. Nun fällt objektive und subjektive Sicherheit immer auseinander – wie sie wissen, aber es ist schon so“, sagte er und fügte hinzu: „Die Sicherheitslage in unserem Land ist objektiv ernst. Wir haben es zu tun mit internationalem Terrorismus, dem sogenannten IS, mit hunderten Deutschen und Tausenden von Europäern, die sich dort an grauenhaften



Taten beteiligen – die dort hinreisen wollen, die zurückreisen wollen, die kampferprobt sind. Wir haben eine Zahl an Gefährdern, die noch nie so hoch war wie jetzt, plus Netzwerke. Wir haben auf gewisse Weise den Import ausländischer Konflikte auf unsere Straßen. Wir haben Gewalt von Links, Stichwort Rote Flora, Gewalt von Hooligans in Verbindung mit Rechts, Stichwort Köln.“

Vertreter des Staates

De Maizière: „Ein Satz zum Bund, weil es da ja ein bisschen Debatten gab. Ich habe mir die Zahlen nochmal angeschaut. Beim Bund hat es seit 2004 keinen Personalabbau bei den Polizeivollzugsbeamten gegeben. Sie wissen, dass wir in der Endphase der Beratungen zum Haushalt 2015 sind.“ Er verwies auf die laufenden „intensiven Gespräche, an denen ich mich auch intensiv beteilige. Das geschieht aber nicht öffentlich. Und ich finde, das gehört sich so. Und warten Sie jetzt mal die paar Tage noch ab, bis zum Abschluss der Bereinigungssitzung“.

Das Gewaltmonopol enthalte den Wortbestandteil Gewalt. Und unmittelbarer Zwang sei das, was Sie in der Ausbildung auch lernen – ob beim Einsatz gegen Gewalt im Fußballstadion, bei Demonstrationen, beim Einschreiten gegen häusliche Gewalt, bei Bekämpfung der illegalen Migration. „Das sind harte Situationen und die müssen wir auch der Bevölkerung zeigen. Wie den Freund und Helfer, wie den Kontaktbereichsbeamten, der lächelnd durch den Kiez läuft. Sie treffen auf Menschen in Ausnahmesituationen. Sie geraten in Situationen, die fernab der Lebenswirklichkeit des Alltags oder der meisten Bürger unseres Landes sind. Sie müssen Grenzen aufzeigen und Grenzen durchsetzen. Und Sie handeln in all diesen Situationen nicht als Privatperson, sondern als Vertreter des Staates. Sie müssen das Gewaltmonopol auch notfalls mit Gewalt durchsetzen“, reflektierte der Innenminister den Polizeialltag, um fortzufahren: „Von Ihnen wird mehr erwartet, als von anderen. Sie müssen mutiger sein als andere. Sie dürfen nicht wegschauen, wenn andere wegschauen. Sie können nicht weglaufen, wenn eine Situation zu eskalieren droht. Wenn ich höre, wie insbesondere Frauen mit Worten belegt werden, die ich hier natürlich nicht zitiere. Wenn ich erlebe, was an Beiß-

tacken, an gezielten Provokationen aus Demonstrationen, vor sich geht, wenn ich erlebe, wie sich, ich habe es schon erwähnt, betrunkene Ehemänner und Ehefrauen gegen Sie wenden, wenn sie die Frau aus dieser Gewaltzone herausholen wollen.“ Bei all dem dürften Sie sich nicht provozieren lassen, nicht überreagieren. Sie müssten immer besonnen und defensiv agieren. „Über all Ihre Handlungen müssen Sie später Rechenschaft ablegen können, notfalls vor Gericht. Erwartet wird ein hohes Maß an Pflichtgefühl, eine große Toleranz, auch gegenüber anderen Kulturen.“

Der Minister verwies auf das Beispiel der Hooligans in Köln: „Das tut natürlich weh. Auch mir. Wenn man sieht, wie johlende Demonstranten einen Polizeiwagen umstoßen. Und darauf rumtrampeln. Als erstens denke ich natür-

„Wir verlangen viel vom Polizisten“

De Maizière, der während seiner Rede immer wieder von Beifall unterbrochen wurde, legte dar: „Wir verlangen viel vom Polizisten. Und das ist ehrlich gesagt auch richtig so. Die Polizei ist auch ein gewisser Schutz, muss ein Schutz sein. Ihnen werden Rechte verliehen und wir erwarten Pflichten von Ihnen. Aber Sie können erwarten, dass nicht nur die Politik, sondern die ganze Gesellschaft, für die Sie ihre Arbeit machen, Ihnen Unterstützung auch dann zumisst, wenn es mal schwierig wird. Und wenn ich allen sage, meine ich alle.“

Zum in der Öffentlichkeit diskutierten Thema der Gleichbehandlung von



Bundesinnenminister Thomas de Maizière wurde von GdP-Chef Oliver Malchow und Arnold Plickert, stellvertretender Bundesvorsitzender, vor Beginn des Festaktes empfangen.

Foto: GdP/Immel

lich daran, hoffentlich sitzt da niemand mehr drin. Aber davon mal abgesehen. Man kann darüber streiten, wie dieser Einsatz war, ob man richtig vorbereitet war. Aber dann reden Journalisten, Politiker, Regierung oder Opposition schnell darüber, das war wahrscheinlich oder vielleicht oder doch nicht ein missglückter Polizeieinsatz. Was heißt das eigentlich gegenüber dem Polizisten, der an einer Ecke stand und genau das richtige gemacht hat? Der hört missglückter Polizeieinsatz. Was ist das für eine Botschaft an diese Hunderte von Polizisten, die dort waren?“

Bürgern sagte der Innenminister: „Wir können und müssen erwarten, damit das kristallklar ist, dass alle Polizistinnen und Polizisten alle Bürger gleich behandeln und jeder Frau und jedem Mann, mit welchem Migrationshintergrund auch immer, korrekt und gleich gegenüber treten wie allen anderen auch. Wir haben verdammt gelernt, was man für Fehler machen kann, beim NSU-Thema, wenn das anders ist. Das ist wahr.“ Aber andererseits müssten sich eine Polizistin und ein Polizist von Menschen mit Migrationshintergrund nicht schlechter behandeln lassen als



von Deutschen ohne Migrationshintergrund. „Und wir wollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund in unserer Polizei. Und es kann nicht sein, dass Frauen und Männer in Uniform, Polizistinnen und Polizisten, wenn sie einen Migrationshintergrund haben und als solche erkennbar sind, von anderen noch besonders schlecht behandelt werden. Das geht nicht“, machte der Politiker deutlich.

Nun sei es so, dass nicht nur Polizisten Gewalt zunehmend mehr erleben, sondern sogar Rettungskräfte und Sanitäter. „Das hat was mit Uniformen zu tun, als Repräsentant eines Staates. Wahrscheinlich, das zeigen Gespräche, die ich führe, auch anderswo, haben Pöbeleien und Ruppigkeiten auch gegenüber Hartz-IV-Behörden, in Ausländerbehörden oder Steuerbehörden zugenommen“, so der Minister. Selbstverständlich solle das Verhältnis von Staat zu Bürger kein Untertanen-

verhältnis mehr sein: „Hier der große Staat, da der kleine Bürger, der dankbar sein kann, dass er einen Antrag stellen darf. Darüber sind wir lange hinaus, auch im Verhältnis der zum Teil zu Recht hoheitlich arbeitenden Polizeiinstitutionen. Aber Respekt kann man schon erwarten und ich sage Ihnen, wenn Respekt gegenüber Menschen und Respekt gegenüber Amtsträgern verloren geht, geht mehr verloren als nur der Respekt.“

Minister regt gesamtgesellschaftliche Debatte über Respekt an

Er glaube, „dass wir gut daran tun, wenn wir eine gesellschaftliche Debatte darüber führen, ob nicht Respekt und Höflichkeit gegenüber anderen, erst recht gegenüber denjenigen, die für

den Staat eine hoheitliche Funktion ausüben, unser Gesellschaft gut tut und nicht ein Zopf von gestern ist. Ich finde, dies ist eine lohnende Diskussion.“ De Maizière kündigte an, eine Studie in Auftrag geben zu wollen, um dies genauer zu beleuchten und eine gesamtgesellschaftliche Debatte darüber zu führen, ob nicht Respekt gegenüber denen, „die für uns Dienst tun, etwas ist, was der Gesellschaft insgesamt gut tut und nötig ist. Das alleine verschafft Ihnen noch keine Stellen, verschafft Ihnen noch keine Beförderungschancen, verschafft Ihnen noch keine bessere Schutzausrüstung, verschafft Ihnen noch keine besseren Gesetze, mit denen Sie arbeiten wollen. Ich will mich für vor all diesen Debatten nicht drücken. Aber Unterstützung besteht eben nicht nur in guten Haushalten und guten Gesetzen, sondern auch in Solidarität in guten und wie in schlechten Zeiten.“

Resolution – „Leben in Sicherheit“

Die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland wollen in Sicherheit und in Frieden und Freiheit leben. Sie vertrauen der rechtsstaatlichen Arbeit der Sicherheitsbehörden. Die Sicherheit, in der wir leben, ist eine entscheidende Voraussetzung für sozialen Frieden, für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, für Chancengleichheit und für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Diese Werte unserer Gesellschaft müssen jedoch jeden Tag aufs Neue erarbeitet und – wo nötig – auch verteidigt werden. Die Polizeien von Bund und Ländern erfüllen den gesellschaftlichen Auftrag zur Bewahrung unserer Werte stetig unter immer schwierigeren Rahmenbedingungen.

Die Gegner der Demokratie, der Aufklärung und des Pluralismus fordern die wehrhafte Demokratie, ihre Polizei und die Sicherheitsbehörden heraus. Diese Gegner unserer Gesellschaftsordnung und unserer Werte kommen nicht nur von außen, sondern sie sind auch die Kinder unserer Gesellschaft. Wenn heute extremistische Gruppierungen, religiöse Fundamentalisten oder Sportgewalttäter einen immer stärkeren Zulauf erfahren, ist das eine beängstigende Realität, vor der wir nicht die Augen

verschließen sollten. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) setzt sich für einen konsequent rechtsstaatlichen, aber auch restriktiven Umgang mit Gewalttätern und Demokratiegegnern jeglicher politischen Prägung ein, ohne dabei die Prävention gegen Gewalt, Extremismus und Fundamentalismus aus dem Auge zu verlieren. Es sind offenkundig stärkere Anstrengungen nötig, um allen hier lebenden Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Werte unserer Demokratie zu verdeutlichen und für diese Gesellschaftsordnung zu werben.

Die moderne Kommunikationsgesellschaft weist viele Vorteile, aber auch Risiken auf. Die GdP fordert den Gesetzgeber auf, der Polizei die Instrumente zur Verfügung zu stellen, die für eine effektive Strafverfolgung, auch im Internet, notwendig sind. Die Gewährleistung von Sicherheit im Alltag, ob auf öffentlichen Straßen oder im Privaten und auch in den Kommunikationsmedien ist nur möglich, wenn die Polizei in Deutschland mit ausreichendem Personal ausgestattet ist. Darüber hinaus benötigt die Polizei klare gesetzliche Regelungen und eine gute technische Ausstattung, um ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen zu können. Die GdP stellt fest: Der massive Abbau

an Personal der Polizeien in Deutschland ist eine fatale Fehlentscheidung der politisch Verantwortlichen. Wer die Polizei schwächt, schwächt die Bürgerinnen und Bürger und damit das gesamte demokratische Gemeinwesen.

Diesen personellen Aderlass durch immer mehr private Sicherheitsdienste verbunden mit der Übertragung von hoheitlichen Aufgaben begegnen zu wollen, wird von der GdP abgelehnt. Einer verstärkten Kooperation mit privaten Sicherheitsunternehmen steht dieser Grundsatz nicht entgegen.

Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen aber insbesondere ihrer Polizei und den dort arbeitenden Menschen. Deshalb ist klar: Neben der notwendigen gesellschaftlichen Debatte und sofortigem Handeln, was unser Gemeinwesen angeht, haben die Menschen, die für die wichtige Aufgabe „Innere Sicherheit“ einstehen, wenn nötig mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben, attraktivere Arbeitsbedingungen und mehr Wertschätzung durch die Politik verdient.

Leben in Sicherheit gibt es nur mit einer hervorragend ausgebildeten sowie personell und technisch gut aufgestellten Polizei.



Heiko Maas: Abschaffung der bundeseinheitlichen Besoldung war ein Fehler

Bundesjustizminister Heiko Maas wandte sich in seinem Grußwort zunächst an den GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow. „Sie haben sich als engagierter und kompetenter Vertreter der Polizistinnen und Polizisten einen Namen gemacht. Sie geben der GdP Gesicht und Stimme in den sicherheitspolitischen Debatten. Die Stimme der GdP ist dabei niemals schrill, sondern immer kompetent und in der richtigen Tonlage.“ Die GdP versuche nicht, mit Schreckensszenarien Politik zu machen und schreie auch nicht bei jeder sich bietender Gelegenheit nach schärferen Gesetzen, sagte der Minister.

Der Bundesinnenminister sei dieses Jahr Gastredner beim Deutschen Juristentag gewesen, so Maas, er spreche jetzt bei der Gewerkschaft der Polizei – das sei auch ein Zeichen für die gute

sage an unseren Rechtsstaat.“ Er glaube nicht, dass wir nun unsere Demonstrationsoffensivfreiheit einschränken müssten. „Organisierte Gewaltexzesse sind dagegen nicht von der Demonstrationsoffensivfreiheit geschützt. So etwas ist Landfriedensbruch und so muss das auch behandelt werden.“ Damit die Polizei auch die Demonstrationsoffensivfreiheit schützen könne, sei vor allem eines wichtig: „Sie muss gut ausgestattet sein, gerade personell.“

In der Vergangenheit sei oft und laut über neue Gesetze und Befugnisse gestritten worden. „Viel zu selten wurde aber die Frage gestellt, ob wir überhaupt genug Polizistinnen und Polizisten haben, die diese Gesetze auch umsetzen können. Jahrelang

hat sich die Politik etwa mit der Debatte über die Vorratsdatenspeicherung beschäftigt – zur gleichen Zeit wurde tausende Stellen für Polizistinnen und Polizisten gestrichen. Das passt für mich nicht zusammen“, erklärte der Justizminister.

Ablehnende Haltung zur Vorratsdatenspeicherung verteidigt

Selbstverständlich brauchten die Sicherheitsbehörden die notwendigen Befugnisse, damit sie ihre Aufgaben auch wirksam erfüllen könnten. „Wo dazu gesetzliche Veränderungen erforderlich sind, nehmen wir die auch vor. Ich denke etwa an das Anti-Terror-Datenschutzgesetz. Da haben wir gerade ganz ohne großes

Tamtam die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass unser Recht verfassungskonform ist und die Sicherheitsbehörden die nötigen Informationen haben, um uns vor terroristischer Gewalt wirksam zu schützen“, sagte Maas.

Er verteidigte seine ablehnende Haltung zur Vorratsdatenspeicherung. „Ich sage sehr deutlich: Ich halte diese Entscheidung für richtig. Der Europäische Gerichtshof hat zum Thema Vorratsdatenspeicherung alles gesagt, was nötig ist. Luxemburg hat sehr deutlich gemacht, dass eine Maßnahme, die das massenhafte Speichern von Daten ohne jeden Anlass auf Vorrat zulässt, den europäischen Grundrechten widerspricht, nämlich dem Recht auf Datenschutz und auf Privatleben.“ Damit sei klar, dass eine Erfassung von Bürgerinnen und Bürger unzulässig sei, wenn keinerlei Anhaltspunkt dafür bestehe, dass ihr Verhalten in einem auch nur mittelbaren oder entfernten Zusammenhang mit schweren Straftaten stehe. Maas betonte: „Niemand von uns käme auf den Gedanken, etwa Millionen von Autofahrten zu erfassen und auf Vorrat zu speichern, nur weil wir dann einige Tausend Verkehrsdelikte einfacher aufklären können. Das wäre doch völlig unverhältnismäßig. Und was in der analogen Welt richtig ist, das gilt auch auf den Datenautobahnen.“

Der Justizminister resümiert: „Wenn es um das Internet und persönliche Daten geht, dann erleben wir heute viel zu oft, dass gemacht wird, was technisch geht und nicht, was unsere Grundrechte erlauben. Der Rechtsstaat darf sich auf diese Entgrenzung nicht einlassen. Im Gegenteil, wir müssen alles dafür tun, damit die Regeln der analogen Welt auch im Internet gelten, das gilt für den Datenschutz ebenso wie für die Strafbarkeit von Betrug oder Kinderpornografie.“

Kritik an Besoldung nach Kassenlage

Acht Jahre nach der Abschaffung der bundeseinheitlichen Besoldung durch die Föderalismusreform bezeichnete der Bundesjustizminister dies als einen Fehler. Derzeit drifte die Besoldung in den einzelnen Ländern immer weiter auseinander: „Freiheit und Sicherheit sind in allen Ländern gleich wertvoll und sie sollten uns auch genauso viel wert sein. Deshalb sollten wir diejenigen, die dafür arbeiten auch nicht unterschiedlich bezahlen.“ Er kritisierte die Besol-



Die Politik sollte ihre Konflikte nicht auf dem Rücken der Polizei austragen, sagte Bundesjustizminister Heiko Maas.

Foto: GdP/Immel

Zusammenarbeit in dieser Bundesregierung. „In der Vergangenheit war das manchmal anders, da haben sich Innen- und Rechtspolitik vor allem über ihre Konflikte definiert. Ich scheue wirklich keinen Streit in der Sache, aber ich meine: Die Politik sollte ihre Konflikte nicht auf dem Rücken der Polizistinnen und Polizisten austragen. Damit ist niemand gedient, aber vielen geschadet“, betonte der Justizminister.

Freiheit und Sicherheit seien zwei Seiten einer Medaille, und damit eine Bürgerpolizei diese Werte schützen könne, brauche sie dreierlei: „Genug Personal, eine angemessene Bezahlung und die richtigen gesetzlichen Befugnisse.“

Auf die Krawalle von Hooligans in Köln eingehend, betonte Maas: „Was dort geschehen ist, war eine Kampf-





BERLIN | FRANKFURT/MAIN | MÜNCHEN | LEIPZIG | WIEN
ZENTRALE OBERWEILENBACH

Im Aktionszeitraum
ab 99,- €
Warenwert
**versand-
kostenfrei**
bestellen!



COP® Specials November / Dezember 2014

** Gültig vom 20. Oktober
bis 31. Dezember 2014

13 Taschenleuchte
Quiqlite X LED Akku
inkl. Diffusoraufsatz
XFLARE
Art.-Nr. QL-XRW2
Länge: 8 cm
Breite: 2,3 cm
Gewicht: 42 g
Leistung: max. 75 Lumen.
Wiederaufladbare Version der
Quiqlite Pro inkl. abnehmbarem
Diffusoraufsatz XFLARE.

Aktionspreis**
€ 39,90
statt 64,99***

**17 SAFARILAND Gürtel-
holster 5187 STX Plain**
Art.-Nr. SL5187
Holster aus dem unverwundlichen Safariland
Laminat. Verfügbar in 2 unterschiedlichen
Tragehöhen. Gürtelschlaufe in 7 Versionen
für Gürtel von 38 - 58 mm Breite.
Farben: beige, olivgrün, foliage green, schwarz,
braun (coyote brown)

Aktionspreis!
€ 29,90
statt 48,99***

PFLICHTANGABEN: 1) Waffe | 2) Links- od.
Rechtshänder | 3) Gürtelschlaufen Version 1 bis 7 | 4) Farbe

1 Taschenlampe
COP® 8503N2 LED
Art.-Nr. 18503N2
Länge: 12,9 cm
Durchmesser: 2,7 cm Körper, 3 cm Kopf
Gewicht mit Batterien: 127 g
Leistung: 230 Lumen
Leuchtdauer: 30 Stunden
Inkl. 3 AAA-Batterien
Lebensdauer der LED: 100 000 h
Mit Cree® XP-G LED Leuchtmittel.

LED 230 Lumen

Aktionspreis**
€ 29,90
statt 89,99***

Sehr handliche und leichte LED-
Lampe mit perfekter Lichtausbeute
im Verhältnis zu Größe u. Gewicht!

Restposten
Solange Vorrat reicht!

14 Original S.W.A.T.
Classic 9 Leather WP
Art.-Nr. 811272-Größe EU
Größen: 36 - 48
(US 6 - 6,5 ladies, US 6 - 14)
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 725 g
Schafthöhe Gr. 40: 21,5 cm
Leichter Leder-Einstiefel,
wasserdicht und
atmungsaktiv.

Thinsulate

Aktionspreis**
€ 59,90
statt 129,99***

35 Liter

18 Einsatztasche
COP® 912 Range Bag
Art.-Nr. 9125 BAG
Haupttasche: 60 x 40 x 25 cm
Herausnehmbare Innentasche:
42 x 15 x 22 cm; Farbe: schwarz
Material: 100% Polyester; Vol.: 35 l
Große Range Bag aus hochwertigem,
reißfestem Nylon für den Einsatz oder für
Profii- und Hobbyschützen. Viel Platz für
Munition, Gehörschutz, Werkzeug und
sonstiges Zubehör. Ein großes Seitenfach mit
getrennten Innenfächern für 8 Magazine.

Aktionspreis
€ 89,90
statt 109,99***

3 Taschen
in einer!

2 Universalholster
COP® 1407
Art.-Nr. 21407
Farbe: schwarz
Material: Nylon

Aktionspreis**
€ 5,90
statt 9,99***

3 Einsatzstiefel
adidas® GSG9.2
Art.-Nr. 85807295-Größe UK
Farbe: schwarz
Größen: (EU 36 - 50), UK 3,5 - 14
Verfügbar in 1/2 Größen
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 724 g

Aktionspreis!
€ 139,90
statt 184,99***

Zertifiziert als
Berufsschuh
gem. EN347/02

15 Polizeiausrüstungstasche COP® 904
Art.-Nr. 904 BAG-2
Volumen: 35 l; Farbe: schwarz; Material: 100% Polyester
Innenmaße: 46 x 24 x 32 cm (L x B x H); Innenmaße: 42 x 20 x 30 cm
(L x B x H). Die Befestigungsmöglichkeit für Aufschriften ist vorbereitet.
Reißfestes, hochwertiges Polyester.

Aktionspreis!
€ 45,90
statt 64,99***

19 Under Armour®
Tactical Beanie-Mütze
ColdGear®
Art.-Nr. UA1219736-S (schwarz)
Art.-Nr. UA1219736-O (olivgrün)
Art.-Nr. UA1219736-N (navy)
Farben: schwarz, olivgrün, navy
Einheitsgröße; Material: 100%
Polyester. Isolierte, leichte Micro
Fleece-Mütze.

Aktionspreis**
€ 15,90
statt 28,99***

20 Under Armour®
Tactical 1/4 Zip ColdGear®
Art.-Nr. UA1005557B-Größe (beige)
Art.-Nr. UA1005557O-Größe (olivgrün)
Größen beige: S - 3XL; olivgrün: 2XL - 3XL
Material: 94% Polyester, 6% Elasthan
Langärmeliger, hochfunktioneller
Rollkragenpulli
mit kurzem
Reißverschluss.

Aktionspreis**
€ 39,90
statt 69,99***

LOOSE

4 Einsatzhandschuh
COP® CR214 TS
Art.-Nr. 320214TS-Größe
Größen: XS - 3XL, Farbe: schwarz
Handinnenseite aus weichem, strapazierfähigem
Ziegenleder. Schnittschuttfutter aus Kevlar® im
Bereich der Hand- und Fingerringenseiten. Prüfung
nach EN388 am 14.01.2009 durch Institute für
Testing and Certification, Tschechische Republik.

Aktionspreis**
€ 29,90
statt 39,99***

EN 388
Abriebfestigkeit: Kategorie 2
Schnittfestigkeit: Kategorie 2
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 3
2 2 3 2 Durchstichfestigkeit: Kategorie 2

16 Trekkingsocke COP® 7020
Art.-Nr. 7020-Größe
Größen: 35 - 38, 39 - 42, 43 - 46, 46 - 48;
Farbe: schwarz; Material: 49% Polyamid,
48% Polypropylen, 3% Elasthan. Spezial-
socke für den harten Einsatz und das ent-
scheidende Plus an Komfort. Asymme-
trische, verstärkte
Spitze für ange-
nehme Passform
und lange Lebens-
dauer.

Aktionspreis**
€ 4,90
statt 7,99***

11 LACO® Fliegeruhr GENF
Art.-Nr. LA-861808
Farbe: schwarzes Ziffernblatt, schwarzes
Gehäuse und schwarzes Silikonband
Gehäusedurchmesser: 42 mm,
Gehäusehöhe: 12,8 mm; Gewicht: 76 g
Armbanduhr mit Quarz-Uhrwerk mit
Datums-, und Tagesanzeige. Gehäuse:
Edelstahl satiniert mit schwarzer PVD
Beschichtung, Mineralglas, Boden aus
Edelstahl. Wasserdicht bis 5 bar / 5 atm.
Nähere Infos siehe Internet.

Aktionspreis**
€ 199,90
statt 308,99***

Restposten
Solange Vorrat reicht!

5 Traser® H3 Armbanduhr
„Outdoor Pioneer“
Art.-Nr. 560102905
Farbe: schwarz; Durchmesser: 44 mm
Stärke: 13 mm; Gewicht mit Silikonarm-
band: 69 g. Ausgestattet mit selbstleucht-
enden trilateral®-Einlagen. Dichtigkeit: 20
bar, 200m. Geeignet zum Schnorcheln und
gerätefreiem Freitauchen in geringer Tiefe.

Aktionspreis**
€ 169,90
statt 198,99***

selbstleuchtend

**Für Gesamtübersicht
der aktuellen Angebote
den QR Code einlesen!**

12 LACO® Fliegeruhr ZÜRICH
Art.-Nr. LA-861809
Farbe: schwarzes Ziffernblatt, schwarzes
Gehäuse und schwarzes Silikonband
Gehäusedurchmesser 42 mm,
Gehäusehöhe: 12,8 mm; Gewicht: 76 g
Fliegeruhr mit Datums- und Tagesanzeige
mit Minute Ziffernblatt. Gehäuse: Edelstahl
satiniert mit schwarzer PVD Beschichtung,
Mineralglas, Boden aus Edelstahl. Was-
serdicht bis 5 bar / 5 atm. Nähere Infos
siehe Internet.

Aktionspreis**
€ 199,90
statt 308,99***

Restposten
Solange Vorrat reicht!

6 Tactical Langarm
Crew T-Shirt Under Armour®
ColdGear®
Art.-Nr. UA12443940-Größe (olivgrün)
Art.-Nr. UA12443945-Größe (schwarz)
Art.-Nr. UA12443948-Größe (beige)
Farben: schwarz, olivgrün, beige
Größen schwarz: S - 3XL
Größen beige + oliv: S - 2XL
Material: 87% Polyester, 13% Elasthan
Langärmeliges Hemd mit
ColdGear® Technologie.

Aktionspreis**
€ 49,90
statt 64,99***

FITTED

Restposten
Solange Vorrat reicht!

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- und Sonderposten sowie 11. Wahl Artikeln.
Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

Follow us at:
www.facebook.com/copgmbh
www.youtube.com/user/copgmbh

Facebook | YouTube

Versand in Österreich
über den Shop in Wien
www.cop-shop.at

www.cop-shop.de

** Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Oktober bis 31. Dezember 2014 | * Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. *** ehemaliger Verkaufspreis

dung nach Kassenlage. „Wir brauchen eine Besoldung nach Verantwortung und diese Verantwortung ist in Brandenburg genauso hoch wie in Bayern, die ist in Stralsund nicht geringer als in Stuttgart!“

Neue Herausforderungen

Auf neue Herausforderungen eingehend sagte Maas, der brutale Terror der IS-Milizen und die Propaganda, die sie damit trieben, machten derzeit viele Schlagzeilen. „Wir dürfen die Bedrohung, die von radikalen Islamisten und Salafisten ausgeht, nicht unterschätzen. Das tut innerhalb der Bundesregierung auch niemand.“

Aber der Rechtsstaat beweist sich dem Politiker zufolge nicht nur in der Ausnahmesituation, es kommt vor allem auf den Alltag an. „Wir dürfen die ganz alltäglichen Sorgen der Menschen nicht aus dem Blick verlieren. Die steigende Zahl von Wohnungseinbrüchen oder das

Scheitern der Sicherheitsbehörden, die Morde der NSU rechtzeitig aufzuklären und zu stoppen – all dies kann das Vertrauen der Menschen in unseren Rechtsstaat erheblich schwächen.“ Der Rechtsstaat lebe vom Vertrauen der Menschen in das Recht. Dieses Vertrauen müsse geschützt und gestärkt werden. Dabei seien alle gefordert: Politik und Polizei, Polizei und Justiz.

Mit Blick auf die NSU-Morde sagte Maas: „Mir ist sehr wichtig, dass alle Akteure sich kritisch fragen, wie wir ein Versagen wie in diesem Fall in Zukunft verhindern. Die Verbrechen wurden auch deshalb so spät richtig eingeordnet, weil es unseren Sicherheitsbehörden an kultureller und religiöser Vielfalt fehlt. Fast 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland haben heute einen Migrationshintergrund. Diese religiöse und kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft sollte sich auch im Personal unserer Behörden noch besser widerspiegeln. Deshalb bleibe ich dabei: Wir brauchen in Polizei und Justiz nicht nur Kollegen,

die Thomas oder Heiko heißen, sondern wir brauchen auch Ayse und Mehmet! Es darf nie wieder vorkommen, dass ausländerfeindliche Motive verkannt oder ignoriert werden. In Deutschland müssen alle Menschen sicher leben können, und zwar unabhängig von ihrer Hautfarbe, Herkunft und Religion!“

Alle Menschen in Deutschland brauchen laut Maas die Gewissheit, dass Recht und Gesetz vor ihrer eigenen Haustür durchgesetzt werden. „Ein zusätzlicher Kontaktbeamter der Polizei trägt manchmal mehr zur inneren Sicherheit bei, als die x-te Debatte um schärfere Gesetze. Die Menschen brauchen auch die Gewissheit, dass der Staat ihre Grundrechte achtet und nicht mehr antastet, als es rechtsstaatlich erforderlich und verhältnismäßig ist. Nur, wenn beides zusammen der Fall ist, dann haben die Menschen Vertrauen in unserem Rechtsstaat und dann kann jeder von uns in diesem Land gut leben – nicht nur in Sicherheit, sondern auch in Freiheit.“

Resolution – „Polizei in Sicherheit“

Die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte, auch aus politischen Motiven, hat in den vergangenen Jahren besorgniserregend zugenommen. Das Bundesinnenministerium informiert Regierung, Parlamente und Öffentlichkeit regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen dieser Straftaten. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert angesichts des dokumentierten Ausmaßes an Gewalt und anderen Straftaten zum Nachteil von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ein umfassendes Konzept zur Reduzierung der Gefährdung von den zuständigen Verantwortungsträgern in Bund und Ländern.

Die Anzahl der politisch motivierten gegen die Polizei gerichteten Straftaten liegen auf einem anhaltend hohen Niveau. Insbesondere bei gewaltsamen Demonstrationen entlädt sich die staatsfeindliche Gesinnung von Straftätern, indem sie Polizeibeamtinnen und -beamte massiv angreifen. Der politisch motivierten Gewalt kann jedoch nur entschlossen entgegengetreten werden, wenn alle gesellschaftlichen Kräfte Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung ächten. Darüber hinaus müssen in den

konkreten Fällen von gewaltsamen Demonstrationen die verantwortlichen Straftäter auch als Straftäter bezeichnet werden. Politische Solidarisierungen mit Gewalttätern und Relativierungen von Verantwortung für Eskalationen schwächen die Polizei und bieten den Gewalttätern oft einen politischen Schutz. Die GdP fordert eine klarere gesellschaftliche Auseinandersetzung über die Ursachen politisch motivierter Gewalt und ihre Unterstützer.

Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte findet auch im alltäglichen polizeilichen Dienst immer häufiger statt. Respektlosigkeit und das immer häufiger auftretende reflexhafte Infragestellen polizeilichen Handelns durch manche Bürgerinnen und Bürger werden von der Gewerkschaft der Polizei mit Sorge festgestellt.

Die GdP bewertet den durch massiven Personalmangel ausgelösten Rückzug der Polizei aus vielen Bereichen des öffentlichen Lebens äußerst kritisch. Die Polizei muss ein verlässlicher Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger bleiben – auch dann, wenn Polizei unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit repressiv einschreiten muss.

Die Gewerkschaft der Polizei be-

trachtet polizeiliche Einsatzkonzepte, die unter dem Eindruck politischer Einsparvorgaben erdacht und umgesetzt werden, sehr kritisch. Die polizeilichen Einsatzleiterinnen und Einsatzleiter müssen durch den Dienstherren und die politischen Verantwortungsträger vermittelt bekommen, dass sie mit so vielen Kräften eine polizeiliche Lage lösen können, wie sie im Einzelfall auch tatsächlich benötigen. Einsatzkonzepte mit zu wenigen Einsatzkräften können in eskalierenden Situationen die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen aufs Spiel setzen, zu erheblichen Sachschäden führen und Ängste in der Bevölkerung auslösen.

Die GdP fordert, dass die Bereitschaftspolizeien und Einzeldiensthundertschaften personell gut ausgestattet werden, die individuelle Körperschutzausstattung stets modernisiert wird und polizeibekanntes Gewalttätern mit allen Mitteln des Rechtsstaates entschlossen entgegengetreten wird. Wer Gewalt gegen Polizei wirkungsvoll bekämpfen will, muss für gut ausgestattete und motivierte Polizistinnen und Polizisten sorgen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen benötigen politischen Rückhalt, damit sie sicher agieren können.



GdP mit neuem Grundsatzprogramm

Die mit über 175.000 Mitgliedern weitaus größte Arbeitnehmervertretung der deutschen Polizeibeschäftigten, die Gewerkschaft der Polizei (GdP), hat sich auf ihrem Bundeskongress in Berlin ein neues Grundsatzprogramm gegeben. Schwerpunkte legten die Delegierten auf ein modernes Dienstrecht, eine schlagkräftige europäische Gewerkschaftsarbeit, eine gute Gesundheitsvorsorge, einen verbesserten Arbeitsschutz, die international enger vernetzte Polizeiarbeit, klare Abgrenzungen der Polizei zu privaten Wach- und Sicherheitsunternehmen, Militär sowie Nachrichtendiensten, einen weiterhin hohen Standard der Aus- und Fortbildung mit wissenschaftlichem Fundament sowie einen starken Tarif- und Verwaltungsbereich in der Polizei.

So stehe die GdP den 252 Delegierten zufolge für ein modernes Dienstrecht, das den Beamtinnen und Beamten das uneingeschränkte Koalitionsrecht, erforderlichenfalls bis hin zum Streik, einräume.

Zur Gewährleistung der Verfolgung übergeordneter und gemeinsamer Interessen – national wie international – bekräftigte die GdP ihre seit 1978 bestehende Mitgliedschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).

Auf internationaler Ebene unterstützt die GdP als Teil des europäischen Verbundes der Polizeigewerkschaften EuroCOP, das Ziel eines europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Polizei-beamtinnen und -beamte in Europa sollen zudem sowohl weitgehend vergleichbare Arbeitsbedingungen vorfinden wie gemeinsame Qualitätsstandards erfüllen können.

Weiter vorantreiben will die GdP ihr Engagement für die soziale Sicherheit der Polizeibeschäftigten. Dabei stehe sie zur föderalen Struktur Deutschlands sowohl im eigenen Aufbau wie auch dem der Polizei in Bund und Länder. Deutlich spürbare soziale Schiefagen als Wirkung der Föderalismusreform müssten korrigiert werden. Sie fordert eine

leistungsgerechte Bezahlung, die sich an den unterschiedlichen Belastungen der Dienstzeiten beziehungsweise Aufgabenbereichen orientiert. Unterschiede zwischen Ost und West dürfe es nicht geben.

Mit hoher Priorität will die GdP den Schutz der Beschäftigten vor Arbeits- und Dienstunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Erkrankungen verbessern. Das gelte gleichsam für das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Polizeiliche Arbeit bedeute unterdessen oft, Eingriffe in Grundrechte vornehmen zu müssen – und dies unter hohem fachlichem und zeitlichem Entscheidungsdruck. So sei auch künftig großen Wert auf eine intensive Aus- und Fortbildung auf hohem Niveau zu legen.

Für klare Grenzen zwischen der Polizei und privaten Wach- und Sicherungsunternehmen spricht sich die GdP auch weiterhin aus. Die Polizei sei und bleibe Teil des staatlichen Gewaltmonopols. Die Tätigkeit privater Dienste habe sich auf das Gebiet des Schutzes privater Güter und Räume zu beschränken. Einer Übertragung von klassischen polizeilichen Aufgaben an Private werde eine Absage erteilt. Polizeiliche Arbeit sei eine Dienstleistung am Bürger, private Arbeit dagegen eine Erwerbsquelle für Unternehmer.

Das Trennungsgebot darf den Gewerkschaftern zufolge auch für das Verhältnis zwischen Polizei und Militär sowie den Nachrichtendiensten nicht aufgeweicht werden.

Um sich den Herausforderungen der internationalen organisierten Kriminalität wirksamer stellen zu können, fordert die GdP die Nivellierung des internationalen polizeilichen Maßnahmenkatalogs sowie zwischenstaatlich festgelegte standardisierte Instrumente zur Strafverfolgung. Verfahrenshürden, die die Strafverfolgung unnötig erschweren

oder verhinderten, müssten abgebaut werden.

Die GdP setzt sich für ein bundesweit einheitliches Berufsbild für Polizeibeamtinnen und -beamte in den unterschiedlichen Dienstzweigen beziehungsweise Laufbahnen ein. An der sogenannten zweigeteilten Laufbahn mit Bachelor-Studium solle dabei festgehalten werden. Bei der Aus- und Fortbildung muss die Ausprägung fachlicher, sozialer, personeller und methodischer Kompetenzen im Fokus stehen.

Einen Schwerpunkt setzen wollen die Delegierten bei der Qualifizierung polizeilicher Führungskräfte. Im Mittelpunkt stehe hierbei die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol). Dort solle zudem ein wissenschaftlicher Dienst eingerichtet sein.

Vehement wendet sich die GdP gegen weitere Privatisierungstendenzen im Aufgabenbereich der polizeilichen Tarifbeschäftigten. Die Tarif-Kolleginnen und -Kollegen seien für die gesamte Polizei unverzichtbar und notwendige Voraussetzung für einen leistungsfähigen Vollzugsdienst. Daher fordere die GdP eine Rückkehr zu einem einheitlichen Tarifrecht bei Bund, Ländern und Kommunen.

Ebenso mahnt die GdP, den Einsatz und das Tätigkeitsspektrum von Verwaltungsbeamtinnen und -beamten in der Polizei zu stärken. Die Polizeiverwaltung erbringe ihre Dienstleistungen ausschließlich für Polizeibeschäftigte und sichere so deren weitgehend von äußeren Einflüssen ungestörte Erledigung ihrer Aufgaben zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit.

Über die sogenannten Personengruppen der Frauen, Senioren und Jugend werde sich die GdP auch in Zukunft nicht nur mit gruppenspezifischen Themen einbringen, sondern an Diskussionen über aktuelle Entwicklungen teilnehmen und so das polizeiliche, gesellschaftliche und gewerkschaftliche Leben mitgestalten.



WIP BUNDESKONGRESS





Fotos: GdP/Immel

Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio: Der Rechtsstaat ist die stabile Ordnung der Freiheit in Achtung der Würde des Menschen

In seinem Festvortrag zum Thema „Erosionen des Rechtsstaates?“ hat der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio sieben Thesen in den Mittelpunkt seiner Ausführungen gestellt.

1. Die Leitidee des Rechtsstaates richtet sich auf die Sicherung der Subjektstellung des einzelnen Menschen in einer stabilen Friedens- und Entfaltungsordnung. Staatliche Herrschaft wird so organisiert, dass der Einzelne nicht ohnmächtig einer imposant überwältigenden Macht gegenübersteht, sondern sich artikulieren und in berechenbarer Weise verhalten und sich dabei als Persönlichkeit frei entfalten kann.

2. Der Rechtsstaat ist die stabile Ordnung der Freiheit in Achtung der Würde des Menschen. Ohne Rechts-

staat ist weder persönliche Freiheit in Sicherheit noch soziale Gerechtigkeit möglich.

3. Der moderne Staat ist Rechtsstaat, weil er auf der Grundlage des demokratisch erlassenen allgemeinen Gesetzes handelt und er das Gewaltmonopol für sich in legitimer, kontrolliert verfassungsgemäßer Weise beansprucht.

4. Zu den Elementen des Rechtsstaats zählen

- die Gesetzesbindung der Verwaltung (Art. 20 Abs. 3 GG),

- die Verfassungsbindung der Gesetzgebung (Art. 20 Abs. 3 GG),
- die Gewaltenteilung (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 GG),
- die Einrichtung unabhängiger Gerichte und eines effektiven Rechtsschutzes für die Bürger (Art. 19 Abs. 4, 92, 97 GG),
- der Gesetzesvorbehalt für Grundrechtseingriffe und der Vorrang des Gesetzes,
- der Vertrauensschutz und das Rückwirkungsverbot (Art. 103 Abs. 2 GG),
- die Justizgrundrechte (Art. 101-104 GG),
- ein demokratisch kontrollierter, rechtstreuer und praktisch wirksamer öffentlicher Dienst, der in seinem hoheitlichen Kernbereich durch Bedienstete in einem besonderen

Anzeige

Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622

Ihr Kompetenzteam bei

- Angst- und Belastungszuständen
- Burn out • Depressionen
- Somatoforme Störungen.....

Unsere Leistungen:

- Sporttherapie • Kreativtherapie
- Physikalische Therapie
- Massage...

FACHKLINIK ST LUKAS

Klinik für orthopädische und psychosomatische Medizin
Bad Griesbach i. Rottal

Fachklinik St. Lukas
Nibelungenstr. 49 * 94086 Bad Griesbach
Tel. 0 85 32 / 79 60 * Fax 92 00 15
Email info@fachklinik-sankt-lukas.de
www.fachklinik-sankt-lukas.de

Wir zeigen Ihnen neue Wege auf!



25. ORDENTLICHER BUNDESKONGRESS

Treueverhältnis versehen wird (Art. 33 Abs. 2, Abs. 4 und Abs. 5 GG),

- die staatliche Gewährleistung einer verlässlichen privatautonomen Ordnung auf der Grundlage der Wertordnung der Grundrechte,
- der Schutz individueller wie öffentlicher Rechtsgüter durch eine effektive Strafrechtspflege,
- sowie allgemein die Gewährleistung von Gewaltfreiheit und Frieden durch den kontrollierten Einsatz des staatlichen Gewaltmonopols.

5. Der Rechtsstaat als unentbehrliche Institution von Freiheit und Selbstbestimmung verliert Wirkung, wenn einzelne Elemente geschwächt werden oder unter den Bürgern das Verständnis für die zugrunde liegende Idee schwindet.

6. Eine Schwächung einzelner Elemente kann man insbesondere diagnostizieren,

- wenn die personelle und sachliche

Mittelausstattung für die Kernbereiche des öffentlichen Dienstes unzureichend wird, also Polizei und Justiz die Gefahrenabwehr, die Strafverfolgung, den Straf- und Maßregelvollzug nicht mehr in allen Bereichen sicherstellen können (Ressourcendefizit),

- wenn Beamte nicht mehr mit „Hingabe“ dem Gemeinwohl dienen (Motivationsdefizit),
- wenn das Recht für eine effektive Gefahrenabwehr und Strafverfolgung zu starke Hürden aufbaut (Rechtssteuerungsdefizit),
- wenn rechtlich nicht vollständig erreichbare oder sogar rechtsfreie Räume entstehen, wie dies teilweise im Netz in punkto Cyberkriminalität zu beklagen ist (Gebietsverluste des staatlichen Gewaltmonopols),
- wenn das Gesetzesrecht im Mehrebenensystem in konsistenter und systematischer Weise durch professionelle Rechtsanwender in Verwaltung und Justiz nicht mehr effektiv



„Ist der Rechtsstaat bereits einer Erosion ausgesetzt“, analysierte Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio, Festredner des Bundeskongress-Festaktes.

Foto: GdP/Immel

Anzeige

AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont

Spezialklinik für Verhaltenstherapie
Akademisches Lehrkrankenhaus
der Medizinischen
Hochschule Hannover

Chefarzt:
Prof. Dr. med. Dipl.- Psych.
Rolf Meermann

Die AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont ist inmitten des landschaftlich sehr reizvollen Weserberglands gelegen.

Nach unserem Motto „Handeln - nicht behandeln lassen“ leiten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen abgestimmten einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten“ für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden.

Behandelt werden alle Störungsbilder des psychiatrisch-psychosomatischen Fachgebietes sowie begleitende internistische, neurologische und orthopädische Erkrankungen. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um:

- alle Formen von Essstörungen
- (Magersucht, Bulimie, Adipositas)
- Depressionen
- Ängste
- Zwangsstörungen
- Burn-out-Symptomatik
- chronische Schmerzstörungen
- posttraumatische Belastungsstörungen
- nicht-organische Schlafstörungen

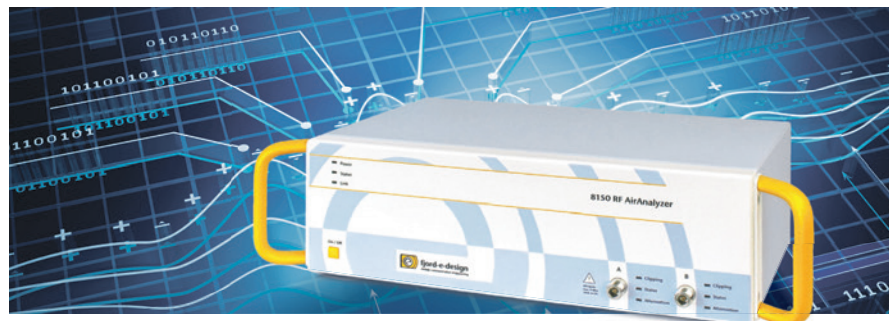
Kostenträger:
Polizei, DRV, Beihilfe, Krankenkassen, Private Krankenversicherer, Bundeswehr.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen umfassend zu beraten.

Nehmen Sie gern Kontakt auf mit unserer freundlichen Aufnahmesekretärin Frau Franz unter der kostenlosen **Service-Telefonnummer 0800/619-6666** oder per E-Mail unter: pfkpyrmont@ahg.de
Sie finden uns im Internet unter: www.ahg.de/Pyrmont
Anschrift: Bombergallee 10, 31812 Bad Pyrmont



Der AirAnalyzer –
Messtechnik made in Germany.



TETRA-Funksysteme zuverlässig messen!

Als Betreiber eines TETRA-Funknetzes müssen Sie jederzeit die tatsächliche Leistung des eigenen Funksystems kennen. Der AirAnalyzer von fjord-e-design ist dafür das optimale Messgerät:

- Einfache Bedienung per Notebook – ideal für mobile Einsätze
- Technische Analyse der Funkkommunikation in Echtzeit
- Umfangreiche Standard-Funktionen, durch Lizenzen erweiterbar

Mehr Info erhalten Sie unter: info@hytera.de

Den AirAnalyzer live erleben: PMRExpo Köln, 25. – 27.11.2014, Halle 10.2, Stand B17.



www.fjord-e-design.com



und für den Bürger berechenbar wirksam ist (Defizite der Steuerungskraft des Gesetzes),

- wenn die Achtung und der Respekt vor Amtsträgern in der Bevölkerung zurückgeht und Dienstherren ihre Fürsorgepflicht für öffentliche Bedienstete nicht hinreichend ernst nehmen (Reputationsdefizite),
- wenn eine Gesellschaft sich sozial fragmentiert, die Grundlage einer freiheitlichen Werteordnung mit ihrem Friedlichkeits- und Toleranzprinzip nicht mehr selbstverständlich ist und in der Folge Ordnungsverluste und Absenkung von Gewalt-

schwellen zu beklagen sind (Fragmentierungsgefahren),

- wenn ein kultureller Wandel stattfindet, der in grundlegender Weise sich gegen normative Verhaltenssteuerung und die Beachtung elementarer, das heißt für das soziale Zusammenleben unentbehrlicher Ordnungsregeln richtet (kulturelle Ordnungserosion).

7. Die Bundesrepublik Deutschland ist sowohl in historischer Perspektive als auch im internationalen Vergleich ein funktionsfähiger Rechtsstaat. In Teilbereichen sind allerdings Erosions-

tendenzen beobachtbar, denen stärker entgegenwirkt werden muss, zumal neue Konfliktpotenziale eher wachsen werden als abnehmen durch

- zunehmende Mobilität,
- Einwanderung aus heterogenen Kulturräumen,
- die demographische Entwicklung (starke Alterung der Gesellschaft),
- die Schwächung des Kernbereichs der Zivilgesellschaft (Familien, lokale und religiöse Gemeinschaften, Vereine)
- und durch allgemeine Wertordnungs- und Maßstabsverluste.

DGB-Vorsitzender: Wir lehnen jegliche Formen von Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten ab

Eure Verlässlichkeit und Sachlichkeit, gerade in kontroversen Debatten, ließen die GdP, so der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Reiner Hoffmann, zu Beginn seines Grußwortes, zu einer der tragenden Säulen der Einheitsgewerkschaft werden lassen.

Konkret habe dies Euer Vorsitzender Oliver Malchow in der Diskussion über den zivilen Ungehorsam auf unserem letzten DGB-Bundeskongress im Frühjahr bewiesen. Er habe „klar und deutlich die Position der Gewerkschaft der Polizei benannt, ohne das Ansinnen der Antragsteller zu diffamieren oder in irgendeiner Form ideologisch abzuwerten. Du hast ohne Wenn und Aber deutlich gemacht, dass Recht und Gesetz eure Messlatte ist. Dies kann ich voll und ganz unterstreichen: Das ist auch unsere Messlatte. Und noch eins: Keine politische Idee oder Lehre, keine Wertvorstellung rechtfertigt Gewalt gegen Menschen. Davon sind Polizistinnen und Polizisten nicht auszunehmen“, betonte Hoffmann, der zuvor daran erinnert hatte, dass die GdP im Jahre 1978 dem DGB beigetreten war.

Polizei bildet keinen Staat im Staate

Die Bürger erwarteten von der Polizei, dass sie Kriminalität, Gewalt und sonstige Konflikte abwehre, und präventiv einschreite, und dass sie für den Schutz des Eigentums einste-

he. Polizistinnen und Polizisten sollten die Sicherheitsbedürfnisse des Einzelnen erfüllen und die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleisten. Die Sicherheitsarbeit der Polizei sei somit eine der Grundlagen eines gefahrenfreien Lebens in einer demokratischen Gesellschaft. Die Polizei stehe nicht der Gesellschaft gegenüber, sondern ist ein Teil

von ihr. „Sie bildet keinen Staat im Staate, sie sind nicht abhängig von Regierungen oder Parteien. Sie sind Bürgerinnen und Bürger in Uniform.“

„Ebenso wie wir einer politischen Instrumentalisierung der Polizei mit aller Vehemenz entgegentreten, lehnen wir jegliche Formen von Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten ab

– auch wenn sie unter dem Deckmantel des zivilen Ungehorsams legitimiert werden sollen“, stellte Hoffmann fest und fügte hinzu: „Da machen wir nicht mit.“ Er unterstützte zugleich den GdP-Vorschlag, das Versammlungs-



Die GdP sei eine tragende Säule der Einheitsgewerkschaft, betonte DGB-Chef Reiner Hoffmann in seinem Grußwort. Foto: GdP/Immel

recht derart zu ändern, dass polizeibekannte Gewalttäter von Demonstrationen auszuschließen seien

Es gebe für ihn keine Unterscheidung zwischen guter und schlechter Gewalt, wie es auch keine schlechte oder gute Demonstration gebe. Der DGB-Chef: „Wer uns das glauben machen will und deswegen von einem



Polizeistaat spricht, der betreibt eine gefährliche Geschichtsklitterei. Wir werden daher gemeinsam noch viel stärker öffentlich machen müssen, dass Beschäftigte im Polizeidienst Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind, die ein Recht auf gute Arbeitsbedingungen haben. Ihr könnt sicher sein, dass ich mich als DGB-Vorsitzender dafür engagieren werde.“ Die Polizei dürfe nicht länger Leidtragende von Sparzwängen und Schuldenbremse sein. Überstunden und gefahrenvolle Einsätze dürften nicht länger Polizistinnen und Polizisten in den Burn-out treiben.

Im öffentlichen Dienst liegt einiges im Argen

Auf die Beamtenpolitik eingehend sagte der DGB-Vorsitzende: „Wir wissen: Bei der Arbeit im öffentlichen Dienst liegt leider einiges im Argen!“ Dass der Krankenstand im öffentlichen

Dienst im Vergleich zu allen anderen Branchen vergleichsweise hoch sei, liege nicht nur an der ungünstigen Altersstruktur, und damit an der verfehlten Personalpolitik von Bund und Ländern, sondern auch daran, dass der öffentliche Dienst immer weniger ein vorbildlicher Arbeitgeber sei. „Es gab mal eine Zeit, da war das mal anders. Aber diese Zeiten sind vorbei.“

Großunternehmen orientieren sich Hoffmann zufolge in ihrer Gesundheitspolitik daran, die Menschen gesund zu erhalten und werden dabei von ihren Betriebsräten und den Gewerkschaften tatkräftig unterstützt. Dies sei im öffentlichen Dienst nicht der Fall. Im Gegenteil: Er habe manchmal den Eindruck, dass im öffentlichen Dienst weniger darüber diskutiert werde, wie die Gesundheit der Menschen erhalten werden könne, als darüber, was für ein Problem der Krankenstand sei. „Dieses ist die falsche Herangehensweise“, betonte der DGB-Chef.

Besoldungs- und Versorgungslücken schließen

Als weiteres wichtiges Thema behandelte Hoffmann die Föderalismusreform. 15 Bundesländer und der Bund – also alle außer Bayern – wichen vom Grundsatz „Besoldung folgt Tarif“ ab. Bis 2006 konnte die Gewerkschaft dazu beitragen, dass die Beamtinnen und Beamten nicht von der Entwicklung der Tariflöhne im öffentlichen Dienst abgekoppelt wurden. „Seitdem erleben wir aber, dass die Länder um bis zu 18 Prozent von dem Maßstab abweichen, den die Tarifpolitik gesetzt hat“, kritisierte der DGB-Chef. „Im Schnitt beträgt die Spreizung der Besoldung vier Prozent. Das ist nicht das, was wir uns unter dem Grundsatz, ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ vorstellen. Die Besoldungs- und Versorgungslücken müssen endlich wieder geschlossen werden. Es muss Schluss sein mit der Ungleichbehandlung bei gleicher Tätigkeit.“

Anzeige



4. – 5.3.2015
Nürnberg, Germany

ENFORCETAC

International Exhibition & Conference
Law Enforcement, Security and
Tactical Solutions

enforcetac.com

by IWA

IWA
OUTDOOR
CLASSICS 2015

High performance in target sports,
nature activities, protecting people

6. – 9.3.2015
Nürnberg, Germany

www.iwa.info

NÜRNBERG MESSE



Frank Henkel: Wir müssen neue Wege in der Sicherheitspolitik gehen

Berlins Innensenator Frank Henkel erinnerte als Gastgeber an die schöne Fügung, dass der 25. Ordentliche Bundeskongress am Tag nach dem 25. Jahrestag des Mauerfalls stattfand.

„Der engagierte Einsatz der Polizei ist gerade an solchen Tagen nicht hoch genug zu achten und zu schätzen. Deshalb: Herzlichen Dank für Ihren steten Einsatz“, sagte der Politiker in seinem Grußwort. Die Polizei leiste aber nicht nur bei Großveranstaltungen herausragende Arbeit. „Auch im Arbeitsalltag geben Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen Ihr Bestes – und das nicht immer unter optimalen Bedingungen. Das weiß ich sehr wohl.“

Henkel: „Wir kämpfen derzeit mit vielen Herausforderungen, die von der Frage der personellen und sachlichen Ausstattung der Sicherheitsbehörden bis hin zu ungeahnten Ausmaßen neuer Bedrohungsszenarien reichen. Vor allem der islamistische Extremismus stellt eine immer größer werdende Bedrohung für die öffentliche Sicherheit in Deutschland, aber vor allem auch für die öffentliche Sicherheit in Berlin dar.“

Sicherheitsbehörden müssen auf der Straße präsent sein

Vor dem Hintergrund der hohen Anzahl von Wohnungseinbrüchen und Autodiebstählen gebe es seit Februar mit Brandenburg eine Kooperationsvereinbarung zur engeren Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung, erklärte Henkel.

Dadurch werde über Landesgrenzen und Zuständigkeiten hinweg derjenige Streifenwagen eingesetzt, der am schnellsten am Tatort sein könne. Damit sollen die Täter auf frischer Tat ergriffen und Fahndungsmaßnahmen schneller eingeleitet werden können. „Sicherheitspolitik muss – wie mit dieser Kooperation – neue Wege gehen. Dies gilt insbesondere in Anbetracht der nicht ganz einfachen Personalsituation“, so der Innensenator.

So habe sein Vorgänger im Amt des Innensensors zwischen 2001 und 2011 bei der Polizei rund 1.800 Stellen abgebaut. „Das ist nicht mein Verständnis von verantwortungsvoller Sicherheits-

politik. Sicherheit heißt für mich nicht, Gesetze zu verschärfen, sondern die Präsenz der Sicherheitsbehörden auf

der Straße zu gewährleisten. Deshalb habe ich mich dafür eingesetzt, dass seit meinem Amtsantritt vor drei Jahren 350 neue Stellen bei der Polizei in Berlin geschaffen werden konnten. Mir ist sehr wohl bewusst, dass dies nur ein erster Schritt sein kann.“



Berlins Innensenator Frank Henkel skizzierte die schwierige Lage der Kolleginnen und Kollegen der Berliner Polizei.

Foto: GdP/Immel

Grünen-Innenexpertin regt die Schaffung eines Polizeibeauftragten an

Die innenpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion im Bundestag, Irene Mihalic, selbst Polizeibeamtin, kündigte an, das ihr zufolge suspektes Verhältnis zwischen Polizei und Grünen mit einem „kritischen, aber konstruktiven Dialog“ ändern zu wollen.

„Grüne und Polizei passen sehr gut zusammen. Damit das so bleibt, ist es mir sehr wichtig, auch immer mal wieder die Perspektive der Polizistin einzunehmen“, sagte Mihalic, in deren Berliner Büro nach eigenen Angaben eine Schaufensterpuppe mit ihrer alten noch grünen Dienstuniform steht, die sie an 20 Jahre Polizeibeamtin im Streifendienst in Nordrhein-Westfalen erinnere. Leider hätten Polizisten und

Grüne oft kein gutes Bild von einander. „Bei den Grünen setzen dann schon mal solche Abwehrreflexe ein – wenn sie an Auseinandersetzungen mit der Polizei bei Castor-Transporten und Anti-Atom-Demos denken. Aber auch bei der Polizei wird das ein oder andere mal die Nase gerümpft, wenn es um Grüne geht – denn für viele Polizisten sind Grüne eben noch die

>



Steinewerfer von damals“, sagte die jetzige Politikerin in einem Grußwort.

In ihrer Rolle sitze sie da oft zwischen den Stühlen – aber gerade deshalb wolle sie dazu beitragen, dass sich die alten Reflexe so langsam auflösen. „Mir geht es dabei vor allem darum, sowohl die Sichtweise der Sicherheitsbehörden in die grüne Bundestagsfraktion zu tragen, als auch grüne Ideen in die Sicherheitsbehörden. Also als eine Art Vermittlerin, vielleicht sogar als Übersetzerin, zwischen Partei und Polizei“, so Mihalic.

Die Abgeordnete sprach sich für eine Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten wie für die Schaffung eines Polizeibeauftragten aus, „der sowohl Beschwerden von Betroffenen polizeilicher Maßnahmen entgegennehmen kann, als auch Ansprechpartner für Polizistinnen und Polizisten außerhalb des Dienstweges ist“. Damit hätte der Polizeibeauftragte, ähnlich dem Wehrbeauftragten im Bundestag, auch die Funktion eines „Anwalts der Polizistinnen und Polizisten“, der das Parlament regelmäßig über den polizeilichen Alltag informiere.

Der Weg hin zu einer echten Bürgerpolizei hin, dürfe nicht verlassen werden. Für die Arbeit der Polizei forderte sie Respekt, Wertschätzung durch eine gute personelle und materielle Ausstattung, ein besseres Gesundheitsmanagement und eine stärkere Öffnung der Polizei für Migranten.



Will „suspektes Verhältnis“ zwischen Polizei und Grünen ändern, sagte die innenpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Irene Mihalic MdB.
Foto GdP/Immel

Linken-Bundesvorsitzender: Auf Kosten der Gesundheit der Polizeibeamten gespart

Der Bundesvorsitzende der Linken, Bernd Riexinger, kritisierte den Bundesinnenminister für den Sparkurs bei der Polizei. „Seit Jahren führt die Sparpolitik der Bundesregierung dazu, dass der öffentliche Sektor kaputt gespart wird“, sagte er in seinem Grußwort.



Auch bei der Polizei gebe es seit Jahren Defizite von über 100 Millionen Euro. In diesem Jahr wurden dem Politiker zufolge der Bundespolizei nun weitere Einsparungen von über 48 Millionen Euro verordnet. „Das Ergebnis dieser Politik ist eine Personalsituation, die man nur als Dauerkrise bezeichnen kann und Arbeit im Polizeidienst, die krank macht“, sagte er. Studien zeigten, dass viele Polizeibeamte durch wachsende Aufgaben und Personalmangel längst an der Belastungsgrenze seien. Das einfach zu ignorieren, ließe sich nur euphemistisch als „fahrlässig“ bezeichnen. Hier werde vorsätzlich auf Kosten der Gesundheit der Polizeibeamten gespart.

Riexinger hob die Bedeutung einer „demokratisch organisierten und kontrollierten Polizei für unsere Demokratie“ hervor: „Wenn die Polizei

Linken-Chef Bernd Riexinger kritisierte die Sparpolitik der Bundesregierung zu Lasten der Polizei.
Foto: GdP/Immel



25. ORDENTLICHER BUNDESKONGRESS

politisch gewollt unterfinanziert ist und staatliche Aufgaben zunehmend an private Sicherheitsdienste ausgelagert werden, ist das eine Gefahr für die Demokratie und die Grundrechte. Die fatale Rolle privater Sicherheitsdienste konnten wir erst jüngst bei den Skandalen der Misshandlung von Flüchtlingen durch Mitarbeiter privater Sicherheitsdienste sehen. Aufgaben des Schutzes der Grundrechte müssen durch die Polizei gewährleistet

werden und so demokratisch gestaltet und kontrollierbar sein“, sagte der Linken-Chef.

Er warnte davor, Ausgaben für die öffentliche Sicherheit gegen Ausgaben für die öffentliche Daseinsvorsorge und für soziale Leistungen des Staates auszuspielen:

„Der Sparkurs der Bundesregierung ist nicht nur für die wirtschaftliche

Entwicklung verheerend. Er führt auch dazu, dass soziale Verwerfungen zunehmen werden. Seit Jahren wächst die Armut in Deutschland, die soziale Spaltung und die Ungleichheit der Lebenschancen. Die Politik der Bundesregierung führt dazu, dass soziale Probleme immer mehr bei der Polizei abgeladen werden.“ Gerade bei der Prävention von Kriminalität sei aber der Staat gefragt: durch eine soziale Politik, die ihren Namen verdient!“

Würdige Verabschiedung

Zu Beginn des „Kommunikationsabends“ nach dem offiziellen Abschluss des 25. Ordentlichen GdP-Bundeskongresses verabschiedete der Bundesvorsitzende Oliver Malchow in festlichem Rahmen Kolleginnen und Kollegen, die auf der Bundesebene tätig waren und in der Zeit nach dem Bundeskongress 2010 aus ihren Funktionen ausgeschieden sind. In alphabetischer Reihenfolge sind dies:

Lothar Adolf, Baden-Württemberg, Bundesvorstand; **Horst Göbel**, Bremen, Bundesvorstand; **Peter Hugo**, Nordrhein-Westfalen, Bundesvorstand; **Uwe Köbel**, Hamburg, Bundesvorstand;

Andreas Kropius, Schleswig-Holstein, Bundesvorstand; **Sabrina Kunz**, Rheinland-Pfalz, Bundesvorstand; **Michael Purper**, Berlin, Bundesvorstand; **Gerhard Remmet**, Rheinland-Pfalz, Bun-

deskontrollausschuss; **Petra Schäuble**, Brandenburg, Bundesvorstand; **Josef Scheuring**, Bundespolizei, Bundesvorstand; **Reinhold Schmidt**, Saarland, Bundesvorstand; **Andreas Schuster**, Brandenburg, Geschäftsführender Bundesvorstand; **Michael Silkeit**, Mecklenburg-Vorpommern, Bundesvorstand; **Werner Thronicker**, Berlin, Bundeskontrollausschuss; **Bernhard Withaut**, Niedersachsen, Geschäftsführender Bundesvorstand; **Anton Wiemers**, Nordrhein-Westfalen, Bundesvorstand.



Mit großem Beifall verabschiedeten die Delegierten die Ausgeschiedenen.

Foto: GdP/Immel



IMP BUNDESKONGRESS



**Erste Eindrücke des
25. Ordentlichen GdP-
Bundeskongresses**



**Wahlentscheidung
im Blitzlicht**



**Daran kommt wirklich
niemand vorbei:
Karneval im Kongress-Saal**

Delegierte stellen gewerkschaftspolitische Weichen

Über insgesamt 242 Anträge haben die 252 Delegierten auf dem 25. Ordentlichen Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin debattiert sowie abgestimmt und damit die gewerkschaftspolitischen Weichen für die Arbeit der weitaus größten Arbeitnehmervertretung der Polizeibeschäftigten Deutschlands gestellt. Die Gewerkschafter beackerten zahlreiche innergewerkschaftliche Anträge wie auch viele breit gefächerte Themen aus nahezu allen Bereichen der Innen-, Beamten-, Tarif-, Kriminal-, Verkehrs- und Gesellschaftspolitik. Im Folgenden einige Beispiele:

Bereitschaftszeiten

Die Delegierten forderten einheitliche finanzielle oder durch Freizeit im Verhältnis eins zu eins abgegoltene Bereitschaftszeiten bei polizeilichen Unterstützungseinsätzen hierzulande ebenso wie bei länderübergreifenden oder internationalen Einsätzen für alle Unterstützungskräfte. Die Diskussion um die Abgeltung von Überstunden bei länderübergreifenden Unterstützungseinsätzen habe zum Beispiel bei den Castortransporten zu bundesweit sehr unterschiedlichen Abgeltungsregularien geführt.

Föderalismusreform umkehren

An die Bundesländer abgegebene Zuständigkeiten im Rahmen der sogenannten Föderalismusreform sollen künftig wieder im Bund zusammengeführt werden. Die Gewerkschafter kritisierten, dass das Auseinanderklaffen der Rechtsentwicklung insbesondere im Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrecht in Bund und den einzelnen Ländern, ein „differentes Leistungssystem“ zur Folge hat. Der Grundsatz „gleiche Bezahlung für gleiche Leistung“ habe bei den Menschen einen hohen Stellenwert. Ein Bruch führe unterdessen zu strukturellen Verwerfungen, die sich quer durch die genannten Bereiche zögen und spätestens mittel bis langfristig zur Berufsunzufriedenheit bei allen betroffenen Beschäftigten führten.

Absage an Legalisierung weicher Drogen

Eine klare Absage erteilten die GdP-Delegierten Legalisierungstendenzen

im Zusammenhang mit dem Besitz und Erwerb von Betäubungsmitteln auch im Bereich sogenannter weicher Drogen. Experten zufolge stellen Cannabis-Raucher die größte Gruppe von Konsumenten illegaler Drogen dar, die sich ärztlicher Behandlungen unterziehen müssen. Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow sagte auf der Kongress-Pressekonferenz. „Eine Freigabe dieser vermeintlich harmloseren weichen Drogen ist angesichts der erwiesenen Risiken das falsche Signal. Gerade bei Jugendlichen kann der Konsum von beispielsweise Cannabis zu erheblichen Gesundheitsproblemen und sozialen Konflikten führen, weil heute häufiger deutlich höhere Wirkstoffgehalte vorliegen.“ Gleichwohl stelle sich die GdP jedoch unterschiedlichen Sichtweisen. Malchow kündigte ein kriminalpolitisches Drogensymposium für 2015 an, bei dem Aspekte der Drogenprävention und aktuell medizinischer Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem Genuss beziehungsweise Missbrauch von Betäubungsmitteln sowie polizeiliche Erfahrungen bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität diskutiert und erörtert werden sollen.

Zudem wurde die Einführung einer bundeseinheitlichen Grenze für den Begriff der „geringen Menge“ in den Paragraphen 31a Abs. 1 des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) gefordert, der das „Absehen von der Strafverfolgung“ definiert.

Speicherung von Telekommunikationsdaten

Erneut bekräftigt wurde die Forderung nach einer raschen Einführung einer verfassungsgemäßen und europarechtlich konformen gesetzlichen Regelung zur Speicherung und Ver-

arbeitung von Telekommunikations-Verkehrsdaten zur Aufklärung und Verhinderung von schweren Straftaten durch die Sicherheitsbehörden. GdP-Chef Oliver Malchow: „Regelmäßig schlagen die Wellen der Empörung hoch, wenn beispielsweise kinderpornografisches Bildmaterial entdeckt und umgehend von Politik und Öffentlichkeit die rückhaltlose Aufklärung gefordert wird. Die Bekämpfung der Internetkriminalität ist aber ohne die Verkehrsdatenspeicherung kaum denkbar.“ Offen, so die rund 250 Gewerkschafter, müsse allerdings bleiben, wie auch in Zukunft Straftaten, die nicht unter den Telekommunikationsüberwachungs-Paragrafen in der Strafprozessordnung (StPO) fallen, jedoch mit IuK-Technik verübt wurden, verhindert oder aufgeklärt werden können. Der Zugriff und die Auswertung auf individualisierte Telekommunikations-Verkehrsdaten müssten unterdessen auch in Zukunft der vollen richterlichen Genehmigung und Kontrolle unterliegen.

Zwangsheirat

Auch die Bekämpfung der Zwangsheirat soll vorangetrieben werden. Deutlich verstärkt werden müsse zudem die Präventionsarbeit für dieses Delikt. Nach Auffassung Delegierten verletze die Zwangsheirat eklatant die Menschenrechte. Von einer Zwangsheirat werde gesprochen, wenn Frauen gegen ihren Willen zu einer Eheschließung gezwungen werden. Die Betroffenen seien häufig massiv durch Repressalien, Drohungen, Gewaltausübung bis hin zum sogenannten Ehrenmord gefährdet.

Problem: Straftaten in der Pflege

Straftaten an pflegebedürftigen älteren Menschen wie Gewalt und Betrug sollen stärker in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt werden. Dazu solle intensiver und nachhaltiger das Gespräch mit der Politik und Institutionen gesucht werden, um einerseits die entsprechende Rechtslage wie auch die persönliche Situation



25. ORDENTLICHER BUNDESKONGRESS

der Betroffenen weiter zu verbessern. Nach Auffassung der GdP muss bei der Aus- und Weiterbildung von Polizeibeamtinnen und -beamten auch stärker auf das Phänomen lebensälterer Täter eingegangen werden.

Vorgaben für Leichenschau

Zur Durchführung der ärztlichen Leichenschau sei eine bundesgesetzliche Vorgabe für die Regelungen in den Bestattungsgesetzen der Länder erforderlich. Es ist nach Auffassung der GdP ein mittlerweile viele Jahre andauernder Skandal, dass nach wissenschaftlichen Annahmen jedes Jahr in der Bundesrepublik rund 3.000 unnatürliche Todesfälle, darunter etwa 1.200 Tötungsdelikte unentdeckt bleiben. Der Paragraph 159 der Strafprozessordnung (StPO) „Anzeigepflicht bei Leichenfund und Verdacht auf unnatürlichen Tod“ müsse demzufolge ergänzt werden. So sei jede für den Geltungsbereich dieses Gesetzes in Frage kommende Leiche „durch einen amtlich bestellten oder verpflichteten sowie besonders für die Aufgabe qualifizierten approbierten Arzt zu beschauen“. Hält der Leichenschauarzt weitere Ermittlungen zur Frage des natürlichen oder unnatürlichen Todes der aufgefundenen Person für erforderlich, so werden diese durch die Staatsanwaltschaft beziehungsweise durch die Polizei geführt.

Körperschutzausstattung – auch für Kolleginnen – verbessern

Beamtinnen der Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei sollen künftig eine deutlich besser auf ihren Körper abgestimmte Schutzausrüstung (KSA) erhalten. Die zurzeit angebotene KSA sei ausschließlich auf die Anatomie der Männer zugeschnitten, kritisierten die Gewerkschafter. Zusätzlich zum hohen Gewicht der KSA von etwa 18 Kilogramm müssten die Kolleginnen noch Einengungen im Oberkörperbereich, die auch mit Schmerzen verbunden sein können, ertragen. In einem weiteren mit großer Mehrheit angenommenen Antrag sprachen sich die Delegierten für eine generelle Weiterentwicklung der sogenannten Körperschutzausstattung „Leicht und Schwer“ (KSA L+S) aus. So erweise

sich die Ausrüstung wegen der sich in den letzten Jahren stark geänderten Einsatzbedingungen mehr und mehr als ungeeignet.

Stärkung der maritimen Sicherheit Deutschlands gefordert

Die GdP mahnt einen hohen Sicherheitsstandard für die maritime

Off-Shore-Anlagen, hätten sich weitere wasserschutzpolizeiliche Arbeitsfelder aufgetan.

Mehr Rückendeckung

Die Verantwortlichen und Handelnden in der Politik sollen sich deutlich zu den Aufgaben der Polizei, Feuerwehr und Rettungsorganisationen bekennen, Ihnen zu mehr Respekt in der Bevölkerung verhelfen und sie



Die zeitlich vorgesehene Spanne für die intensive und meinungsfreudige Antragsberatung wurde von der Verhandlungsleitung verlängert.

Foto: GdP/Immel

Sicherheit an Deutschlands Küsten und Binnengewässern an. Dazu bedürfe es eines starken Verbundes unterschiedlicher Akteure, insbesondere der Wasserschutzpolizeien der Länder, der Bundespolizei zur See und des Zolls sowie eine aufgabenorientierte personelle wie technische Ausstattung. Die Anforderungen an maritime Vollzugsbehörden, so die Delegierten, seien in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. So habe die Öffnung der Grenzen zu der von Kennern erwarteten Ausweitung der Schiffsverkehre in den Küstenmeeren der Nord- und Ostseeanrainerstaaten geführt. und damit zu einem Mehrbedarf an Überwachung. Aufgrund verschärfter Umweltbestimmungen und neue Herausforderungen durch maritim-urbane Betriebsformen von

deutlich besser vor Gewalt schützen. Die Polizei brauche mehr Rückendeckung, so der Appell der Delegierten. Den Gewerkschaftern zufolge hat sich die gesellschaftliche Stellung der Kolleginnen und Kollegen der Polizei sowie Angehörigen anderer Sicherheits- und Hilfeeinrichtungen in den letzten Jahren extrem verschlechtert. Scharf kritisiert wurden die von den Beschäftigten als Lippenbekenntnisse empfundenen Äußerungen aus dem politischen Raum. Die Delegierten mahnten überdies, Übergriffe gegen Beschäftigte der inneren Sicherheit nur in konkreten Ausnahmefällen mit Bewährungsstrafen zu ahnden. Wer für Recht und Ordnung eintrete, müsse einen besonderen Schutz seiner Rechte erwarten können.



Suche nach mutmaßlich falschem Delegierten – Soko „Petz“ veröffentlicht Kongress-Filmmaterial

Die Mannschaft sei der Star, sagte einst ein bekannter Fußballtrainer, und übertragen auf den 25. Ordentlichen GdP-Bundeskongress in Berlin kann dieses Team ja nur aus den 252 aus dem ganzen Bundesgebiet angereisten Delegierten bestehen. Ein Delegierter indes avancierte zum heimlichen Helden der großen Gewerkschafterschar. Er war übrigens als seltene Randerscheinung innerhalb der Reihen der Kolleginnen und Kollegen in Uniform angereist. Bis zum Kongressende blieb dabei unklar, auf welchem „Ticket“, wie man so schön sagt, der Delegierte eigentlich mitfuhr. Selbst intensivste Ermittlungen der Mandatsprüfungskommission brachten keine gerichtsfesten, also satzungsgerechten Ergebnisse. Aus vertraulicher Quelle erfuhr DEUTSCHE POLIZEI jedoch exklusiv, dass im Einvernehmen aller beteiligten Kongress-Gremien, so wörtlich, „kein großes Aufhebens über die eine Stimme“ gemacht werden sollte. Gut, dass dieses zweifelhafte Agieren sich später nicht als Bärendienst erweisen sollte.

Ersten Zeugenaussagen zufolge sei der mutmaßliche Kollege gemeinsam mit einem unverdächtig, unbescholtenen Teilnehmer eingeklickt worden. Die Mitarbeiterinnen am Kongresscounter bestätigten zudem, dass der geheimnisumwitterte (Nicht-)Delegierte sogar eine Einladung hatte vorweisen können. Er sei sehr freundlich gewesen, so eine Kollegin, und hatte sogar angeboten, ein bisschen mitzuhelfen, falls der Ansturm der Teilnehmerinnen und Teilnehmer Überhand nehmen würde. Erst später bewahrheitete es sich, dass der „nette Kerl mit den schönen braunen Augen“ in dem dringenden Verdacht steht, einem unaufmerksamen Delegierten die Dokumente stibitzt zu haben.

An den folgenden Kongresstagen war er auch weiteren Kolleginnen und Kollegen als „Delegierter mit dickem Fell, der auch den ein oder anderen bärbeißigen Kommentar in Richtung Bühne gebracht hat“ aufgefallen.

Fast aufgefliegen wäre der Coup, so beweisen Bilder aus dem der GdP-Präsidentin zur Verfügung gestellten Material einer Überwachungskamera, als der noch immer nicht identifizierte Kerl eine rasante Testfahrt mit dem von einem Kongress-Aussteller vorgestellten Streifenwagen absolvierte, bei der es zu geringen Sachschäden gekommen sein soll. Bevor der vermeintliche Rowdy aber dingfest gemacht werden konnte, habe er sich quasi ins Unterholz verzogen.

Servicemitarbeiter des Veranstaltungshotels hatten sich der GdP-Organisationsleitung zufolge erkundigt, ob die Nachbestellungen eines Delegierten an den Pausen-Buffer abgesprachen seien. Der als „kräftig, aber nicht sehr groß“ beschriebene Gewerkschafter habe beispielsweise zehn oder zwölf Berliner Ballen verdrückt und sogar noch um Nachschub gebeten. Das Hotel sei ja erfreut, wenn dem Gast die Speisen zusagten, er also Honig geleckert habe, doch einen solchen Bärenhunger plane man in die Kalkulation von Preis und Leistung nicht ein, vernahm man aus den Management-Etagen der Kongress-Herberge.

Glücklicherweise konnte in letzter Minute noch ein haarsträubender Eklat vermieden werden, als sich der offensichtlich blinde Kongresspassagier auf leisen Tatzen an den gestrengen Sicherheitsbeamten des Bundesinnenministers vorbei lavierte und sich auf das offizielle Vorsitzenden-Minister-Begrüßungsfoto schlich. Kaum klickte der letzte Auslöser, heftete sich der Unerkannte an die Fersen der Maizières und nahm in seiner direkten Nähe in der vordersten Reihe zu Beginn des Festaktes Platz. Nur angestregtes Einwirken auf die sich im Dienst befindlichen Kollegen der Sicherungsgruppe vermied die umgehende Festnahme des Delegierten(!). Eine direkte Gefahr schien auch tatsächlich nicht von ihm auszugehen, sodass die Beamten erst nach dem Ende der offiziellen Feierstunde und eher unauffällig einschreiten wollten; doch der Gesuchte war plötzlich wie in einer



Foto: OSG

Höhle verschwunden. Was die potenzielle Gefährlichkeit des in Verdacht der Täuschung stehenden mutmaßlichen Gefährders angeht, trifft den beim Kongress anwesenden Fachkräften zufolge aber auch nicht ganz zu – na ja, denn im Laufe des später werdenden Kommunikationsabends soll der Delegierte, nach dem die zwischenzeitlich von Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle gegründete Soko „Petz“ fahndete, auf der Tanzfläche „tierisch abgegangen“ sein und sich einigen Damen eindringlich zum Kuschneln angeboten haben.

Womöglich helfen bei der Identifizierung des Verdächtigen die hier per QR-Code abrufbaren Bilder der Überwachungskameras – die Aufnahmen sind ebenso auf der GdP-Kongress-Homepage unter <http://gdp-bundeskongress.de> abzurufen. Sollten Sie, liebe Leserin und lieber Leser, Informationen beisteuern können, dann wenden Sie sich bitte an ihren Bärenführer. Sollten Sie selbst einer sein, dann wissen Sie ja, was zu tun ist. **Michael Zielasko**

Die Bundeskongress-Videos – Redaktion, Kamera und Schnitt: Fanny Schmolke, Maren Skambraks, Haik Büchenschuss und Christian Fussenegger – ver.di TV.

Vom Bundeskongress:

Auftaktfilm



Der erste Tag



Der zweite Tag



Der dritte Tag



Zu zeigen, was eigentlich gewesen ist

Eine Ergänzung der Forschungsergebnisse zur Nachkriegspolizei in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen

Von Dr. Kurt Gintzel

In der im Vorjahr im ZDF ausgestrahlten Trilogie „Unsere Mütter unsere Väter“ wird im Nachspann zum dritten Teil (sicher nach Konsultation eines Historikers) darauf hingewiesen, dass Nazi-Eliten nach dem Krieg auch in der Polizei untergekommen sind. Das ist cum grano salis richtig, vermittelt aber ein Bild, das mit tatsächlichen Geschehnissen nicht im Einklang steht.

Historiker stützen ihre Forschungsergebnisse in der Regel auf schriftliche Quellen. Sie schaffen dadurch eine neue Quelle, auf die sich dann andere berufen. Stützt sich die erste Quelle nur auf eine Vermutung, so wird im Laufe der Zeit der Inhalt der Ausgangsquelle nicht mehr in Frage gestellt und so zur Gewissheit. Zu einer solchen Gewissheit droht die Behauptung zu werden, „zwischen Judenmorden durch Polizeibataillone und der militärischen Ausbildung in der Polizeischule der Nachkriegszeit“ gab es eine ungebrochene Kontinuität.¹

Die Geschichte² der Nachkriegspolizei wird vorwiegend von Hobbyhistorikern bearbeitet.³ Sie lassen entweder mit Fleiß weg, was nicht ins Bild passt,⁴ oder sie unterstellen, die Nachkriegspolizei habe an die institutionellen Strukturen des NS-Regimes angeknüpft. Von einer Behandlung des Themas, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügt, kann daher nicht die Rede sein.⁵

Es gibt nicht mehr viel Zeitzeugen, einer ist der Verfasser. Seine Feststellungen werden zu einem großen Teil durch Berichte 37 weiterer Zeitzeugen gestützt. Es sind ebenfalls pensionierte Polizeibeamte. Jeder ihrer Berichte in „Polizeigeschichte miterlebt“⁶ ist ein

geeignetes Dokument, um „zu zeigen, wie es eigentlich gewesen ist“.

Aus Sicht der Zeitzeugen bietet sich an, die drei Epochen, die für die Polizeigeschichte der Nachkriegszeit von Bedeutung sind, getrennt darzustellen. Es ist erstens die Zeit des Neuanfangs (1945 bis 1949), als zweites die Zeit nach Übertragung der Polizeihöhe durch die Alliierten auf die Länder (1950 bis 1970), drittens die Zeit, in der gesellschaftliche Prozesse und Reformbemühungen von Polizeiführern und Gewerkschaften Wirkungen zeitigten (ab 1970). Schließlich bedarf es einiger Ergänzungen zu den Hinweisen zum Saarbrücker Gutachten und zum Begriff „Sozialingenieur“.⁷

Zeit des Neuanfangs (1945 bis 1949)

Nach dem Krieg gab es keine souveräne deutsche Staatsmacht. Die Besatzungsmächte schufen neue Rechtsverhältnisse. In der britischen Zone setzten sie ordnungspolitisch als erste Maßnahmen die Denazifizierung, die Demilitarisierung und die Dezentralisierung der Polizei durch. Das führte zu einer Kommunalisierung der Polizei und zu einer vollständigen Trennung von Polizei und Verwaltung.⁸

Der Begriff der Polizei wurde dem der „police“ als „the standing army for the suppression of crime and the apprehension of offenders“ angenähert.⁹ Die omnipotenten Polizeibehörden des NS-Regimes wurden aufgelöst.

Polizei war nur noch als Polizei im institutionellen Sinne definierbar. Sie war funktional zuständig, Verbrechen zu bekämpfen und Gefahren subsidiär abzuwehren. Staatsrechtlich gab es folglich keine Kontinuität zum NS-Regime.

Die ersten Beamten der Nachkriegszeit waren überwiegend junge Männer mit oder ohne dem gewünschten Schulabschluss. Sie konnten schon aus Altersgründen nicht zu den Eliten der NS-Zeit gehören und in deren Sinne Einfluss ausgeübt haben.

Es waren ferner junge Soldaten, die den Krieg überlebt hatten, um ihre Jugend betrogen wurden und insoweit eher Opfer des NS-Regimes waren. Auf keinen Fall tradierten sie Strukturen des NS-Regimes. Für sehr viele von ihnen war die Berufswahl Polizei eher eine Verlegenheitslösung.¹⁰ Es gab auch wenige unbelastete Beamte, die von den Besatzungsmächten nicht entlassen wurden. Alle mussten sich, gleich welcher Gruppe sie zuzuordnen

Anzeige



Testen Sie E-POSTSCAN – Ihren mobilen Briefkasten!*
*max. 4 Wochen für 4,99€ mit dem Aktionscode HERBST2014 und sparen Sie 50%

Nutzen Sie epost.de
Jetzt registrieren unter epost.de.

Deutsche Post 



sind, einem Entnazifizierungsverfahren stellen¹¹, das unter Aufsicht und Kontrolle eines Superior Public Safety Officer (PSO)¹² erfolgte.

Kein im Dienst verbliebener Beamter hatte eine Möglichkeit, im Sinne der Nazi-Ideologie zu wirken. Belastete Beamte, die durch Beziehungen zu Nazi-Eliten Wiederverwendung fanden oder durch Täuschung im Dienst verblieben waren, wurden im Entnazifizierungsverfahren ermittelt und entlassen.¹³ Schließlich gab es noch eine Gruppe von Beamten mit Berufserfahrung, die als Mitglieder der SPD oder des Schraderverbandes von den Nationalsozialisten aus dem Dienst entfernt und von der britischen Militärregierung wieder eingestellt worden sind.¹⁴

Eine Ausbildung zum Polizeibeamten gab es nicht. Die jungen Polizeibeamten, so auch der Verfasser, nahmen zwar an einem sechswöchigen Orientierungslehrgang teil, bei dem es aber nur Fachunterricht mit einem Schwerpunkt in dem Fach Staatsbürgerliche Bildung gab, jedoch keinen Fußdienst, keine Formalausbildung, keine Waffenausbildung und schon gar keine Ausbildung im Gelände. Der Unterricht fand unter ständiger Kontrolle eines PSO statt. In jedem Klassenraum war eine Abhöranlage.

Aus dieser Zeit sind dem Verfasser zwei Lehrer in Erinnerung. Beide waren schon in der Weimarer Zeit Lehrer an einer Polizeischule. Es waren Sozialdemokraten, die von den Nazis des Dienstes enthoben und von den Besatzungsmächten wieder eingestellt wurden. Beide haben Spuren hinterlassen.

Zunächst ist an Oberinspektor Marx zu erinnern. Er hat Staatsbürgerkunde unterrichtet und versucht, den Polizeianwärtern ein Berufsbild zu vermitteln, das Bezugspunkte zum angelsächsischen Polizeiverständnis hat. Seine Überzeugungen stammten wohl aber von Wolzendorf, der sehr früh erkannt hatte, dass nur der Genossenschaftsgedanke zu einer Verbürgerlichung der Polizei führen kann.¹⁵ Danach ist der Polizeibeamte nicht in erster Linie Vertreter des Staates, sondern ein Mittler zwischen Bürger und Kommune mit persönlicher und emotionaler Distanz. Ein Mittler, der darauf aus ist, für seine Arbeit den Respekt der Öffentlichkeit zu erringen und zu erhalten.

Ganz anderer Auffassung war Inspektor Stamm. Er unterrichtete Polizeirecht. Seine Vorstellung vom Polizeiberuf entsprach dem Polizeiverständnis, das in der Weimarer Republik vorherrschend war. Es entstammt von Armeeoffizieren aus dem Kaiserreich.¹⁶ Danach ist die Polizei ein Militärberuf.

Der Autor ist ein Zeitzeuge. Er ist 1947 Polizeibeamter geworden, hat 13 Jahre im mittleren Dienst Wechseldienst versehen, ist 8 Jahre am Polizeinstitut als Lehrer tätig gewesen und hat bis zur Pensionierung im Jahre 1987 Führungsaufgaben bei Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen wahrgenommen. Er war von 1970 bis 1979 stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei.

Der Polizeibeamte ist ein Vertreter des Staates, der Staats- gegenüber Bürgerinteressen Vorrang einzuräumen hat. Stamm unterstrich sein Polizeiverständnis mit den Worten: Ein Polizeibeamter muss sich stets durchsetzen und immer die Interessen des Staates vertreten, notfalls mit Gewalt.

Die unterschiedlichen Vorstellungen vom Polizeiberuf haben beide Lehrer im Unterricht deutlich werden lassen. Aber keine dieser Vorstellungen hat Bezugspunkte zum NS-Regime.¹⁷ Aus Sicht des Zeitzeugen kann festgestellt

Reise & Erholung



Sommer Abenteuer bei uns
TOP ANGEBOT
 Canyoning & Raftingtour
 1x grillen am Lagerfeuer und
 2 ÜF / Pension, DU-WC
 Preis pro Person ab € 161
 Ermäßigungen f. Polizeigruppen

office@rafting-oetztal.at
 www.rafting-oetztal.at
 Telefon: 0043 5252 6721

Franken bei Bamberg, eigene Metzgerei. Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 155,- €, Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-urlaub.de

Bayerischer Wald, komf. FeWo** v. Kollegen**
 ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:
 0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

Fehmarn/Ostsee
 2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,
 am Südstrand,
 50 m z. Promenade, Kabel-TV
 Preise gem. Saison
 Telefon: 040/6784581
 www.fehmarn4family.de

THAILAND www.royalsiamgolf.de
 (Ermäßigungen für Polizei u. a.)

SPANIEN: Costa Dorada
 Südl. Tarragona – Miami Platja

Preisgünstiger Urlaub im Ferienhaus, 4 bis 5 Pers., in kleiner gemütl. deutsch. Ferienanl. mit großem SW-Pool, Grill, Gästebar mit TV. Hunde sind willkommen.
 E-Mail: los-vagos@gmx.net
 Infos: www.los-vagos.de
 Tel.: 0034 977 170529

Waging am See (Oberbayern)
 Bauernhof, komf. FeWos ****, Pony's.
 Tel. 08681/522 - www.hirhof.de

mallorca-sa coma. Komf. Fewo., 4 Pers.,
 € 45-€89. www.mallorca-apartment.jimdo.com

Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf
Ferienchalet Heidehof

Zollkollege bietet komf. Fewos für 2-6 Pers. in schöner Jugendstilvilla. Fahrradverleih, Dreiländereck, D/PL/CZ, Fam. Zein, Tel.: 03 58 44/7 27 23.
 www.heidehof-jonsdorf.de



Top Angebot

Action, Abenteuer - prickelnd anders

1x Rafting & Canyoning
 1x Grillplatte & Foto CD
 2x ÜF / Pension DU-WC
 pro Person nur € 149,00

Tirol www.cankick.at
 info@cankick.at
 Tel +43(0)5252 / 20038



werden: Bis 1950 gab es nicht einmal ein Indiz für eine Kontinuität zum NS-Regime.

Zeit nach Übertragung der Polizeihohheit durch die Alliierten auf die Länder (1950 bis 1970)

Die Besatzungsmächte haben (mit den sogenannten Polizeibriefen der Alliierten Hohen Kommission vom 21. September 1949, 3. Juni 1950 und 14. November 1950) staatsrechtlich den Ländern die Polizeihohheit zurückgegeben.¹⁸ Damit ging die Verantwortung für die Polizei, auch für die militärische Ausbildung der Polizeibeamten, auf die Landesregierung über.

Die Innenminister konnten Ihre schon 1947 erkannte Absicht umsetzen, die von den Besatzungsmächten geschaffenen Rechtsverhältnisse rückgängig zu machen.¹⁹ Die Polizei wurde verstaatlicht und nach tradiertem Muster aus der Weimarer Republik militärisch ausgebildet.²⁰ Möglicherweise glaubten einige Politiker, an eine demokratische Tradition aus der Weimarer Zeit anknüpfen zu können. Es gab aber keine demokratische Tradition.²¹ Das Modell der Weimarer Polizei mit seiner Ausbildung in Kasernen, paramilitärischen Druck zur Erzeugung bedingungslosen Gehorsams und die Indienstnahme der Polizei als unkritisches Instrument der jeweiligen Machthaber wurde nicht reflektiert. Es widersprach den Anforderungen des materiellen Rechtsstaats und seinen Begrenzungen der Polizeigewalt.

Die militärische Ausbildung war politisch gewollt. Die Ausbilder waren Militärpersonen.²² Sie vermittelten ein militärisch orientiertes Rollenverständnis, das ausschließlich zu militärischer Problemlösungskompetenz führte.

Es herrschte kalter Krieg. Es gab noch keine Bundeswehr. Im Fall eines bewaffneten Konflikts wollte man versuchen, den Streit auf die Ebene von Polizeiaktionen hinab zu definieren, um nicht sofort den Militärschlag auszulösen.²³ In erster Linie war die Polizei für die Politiker ein Machtinstrument, das man nach Auffassung der Innenminister brauchte. In ihrem Polizeiverständnis war eine Menschenansammlung per Definition eine Gefahr. Welche Auswirkungen das hat, zeigten die nicht professionellen Lagebewältigungen der 50er- und 60er-Jahre.²⁴ Die Beamten handelten so, wie sie es

gelernt hatten. Zu Recht wurde das kritisiert, aber die Beamten waren die falschen Adressaten.

Dieses Handeln entsprach auch nicht den Zielsetzungen und Wertentscheidungen des Grundgesetzes (GG), insbesondere nicht Art. 8. Das Versammlungsrecht ist nicht nur Abwehrrecht gegenüber dem Machtanspruch des Staates, sondern auch aktives Statusrecht, das dem Bürger die Möglichkeit gibt, auf die Gestaltung staatlicher Gewaltverhältnisse Einfluss zu nehmen.

So schlimm dieses Polizeiverständnis der Minister für einen demokratischen Staat war, so wenig entsprach es der Polizeipraxis des NS-Regimes. Wer aber in der militärischen Ausbildung von Polizeibeamten eine Kontinuität zum NS-Staat sieht, sieht eine Kontinuität, die faktisch nie bestanden hat.

Prozesse und Reformbemühungen der GdP und weniger Polizeiführer (ab 1970)

Die zahlreichen Reformbemühungen, die gesellschaftliche Prozesse ausgelöst und zu erkennbaren Ergebnissen geführt haben, bedürfen noch der wissenschaftlichen Erforschung. Hier kann nur gezeigt werden, wer solche Reformen angestoßen hat, welchen Widerstand es dagegen gegeben hat und wie sie letztlich doch zu einem Ergebnis geführt haben.

Vorab ist Oberinspektor Marx (s. Fußnote 16) zu nennen. Seine Vorstellungen von einer bürgernahen Polizei hinterließen Spuren bei den Gründungsmitgliedern der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Die GdP intervenierte insbesondere unter ihrem Vorsitzenden Werner Kuhlmann stets gegen eine militärische Ausbildung der Polizei bei den Innenministern.²⁵ Sie verhinderte mit Hilfe zweier Rechtsgutachten, dass der Polizei den Kombattantenstatus verliehen bekommt. Die Gewerkschaft weckte mit den Schriften „Polizeinotruf“ und „Die gebremste Polizei“ öffentliches Interesse und konnte dadurch mit Hilfe der Presse politisch einiges bewirken.

Mit der Denkschrift „Polizeinotruf“ wurde insbesondere im historischen Teil gezeigt, dass eine moderne Polizei kein Militärberuf sein darf. Mit der Denkschrift „Gebremste Polizei“ begründete die GdP die Notwendigkeit der Einführung einer zweigeteilten

Laufbahn und wies nach, dass es der Ausbildung in einer Fachhochschule bedarf. Schließlich forderte sie eine Hochschule für die Ausbildung des höheren Dienstes der Polizeibeamten.

Neben den Bemühungen der GdP für eine Reform der Polizei sind polizeiinterne Bemühungen zu erwähnen. Ab Mitte der 60er-Jahre gab es am Polizeiinstitut in Hilstrup Reformbemühungen junger Dozenten.²⁶ Sie haben Ausbildungsinhalte aus der Weimarer Zeit aufgegeben, nicht mehr paramilitärische PV-Lagen geübt, sondern beispielsweise Katastrophen- oder Verkehrslagen. Im Staats- und Verfassungsrecht setzten sie die Kenntnis der Institutionskunde voraus und erläuterten die Wertentscheidungen der Verfassung und das vom Bundesverfassungsgericht postulierte objektiv-rechtliche Prinzip. Im Polizei- und Verwaltungsrecht wurden die Anforderungen des materiellen Rechtsstaats an das Eingriffsrecht gezeigt, und welche Begrenzungen es gibt. Das Versammlungsrecht wurde nicht nur

Anzeige



BRUNOX®
Waffenpflege ist
- Laufreinigung
- Korrosionsschutz
- und Schmierung

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:
BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841 / 961 2904; Fax / 961 2913



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % %
Informieren Sie sich! % % %
Telefon: (02207) 76 77
www.fahrzeugkauf.com

www.polizeifeste.de

Alle Polizeifeste
der GdP auf einen Blick!



POLIZEIGESCHICHTE

als Abwehrrecht interpretiert, sondern auch als aktives Statusrecht. Schwerpunkt im Fach Strafrecht war die Erläuterung der Eingriffsgrundlagen aus dem Verfahrensrecht.

Diese Art der Unterrichtsgestaltung fand nicht immer den Beifall älterer Kollegen und einiger Polizeipräsidenten. Mit Sorge verfolgte man in den Ministerien diese Reformbemühungen. Man fürchtete, dass diese Neuerungen zu einer Verunsicherung der Einsatzkräfte hätte führen können und die Entschlussfreudigkeit der Polizeiführer beeinträchtigen würde. Schließlich beendete man diesen Erneuerungsprozess beamtenrechtlich – legal repressiv durch Versetzung.

1980 wurde Dr. Herbert Schnoor Innenminister im Land Nordrhein-Westfalen. Er kannte die Reformbemühungen der GdP und die der Polizeiführer, auch die Auffassungen seiner ministerialen Berater. Die jeweils vorgebrachten Argumente konnten nicht unterschiedlicher sein. Der Minister ließ sich schließlich nach Abwägung der unterschiedlichen Auffassungen von den Argumenten der Polizeireformer überzeugen. Um sie politisch

durchsetzen zu können, beauftragte er die Firma Kienbaum (Unternehmensberatung) mit einem Gutachten. In diesem wird im Ergebnis all das vorgeschlagen, was auch die Reformer dem Minister geraten haben.

Die Argumente von Alfred Dietel, Inspekteur der Polizei des Landes NRW, überzeugten den Minister. Die folgenden Reformvorschläge wurden umgesetzt: Kommunikationstraining, Konfliktbewältigungstraining, Frauen für den Polizeiberuf, Umstrukturierung der Polizeiorganisation zu einer zweigeteilten Laufbahn, Ausbildung der Polizei zu mehr Bürgernähe durch Flexibilität, Ausbildung zu einem Einsatzverhalten, das auf Deeskalation setzt und zu einer Ausbildung, die das Nichtschießen zum Gegenstand hat.

In Niedersachsen wurde zu Beginn der 90er-Jahre der Polizeiführer und Zeitzeuge Helmut Dohr von Innenminister Glogowski als Staatssekretär mit der Polizeireform beauftragt.²⁷ Alle anderen Bundesländer haben inzwischen ebenfalls die meisten dieser Reformen umgesetzt.

Ergänzung zu den Forschungsergebnissen nach Hinweis auf das Saarbrücker Gutachten und den Begriff Sozialingenieur

Richtig ist, dass der Terrorismus die Reformbewegung gestoppt hat.²⁸ Bezüglich der Erwähnung des Saarbrücker Gutachtens ist aber Widerspruch angezeigt. Die Professoren Christian Helfer und Wigand Siebel haben die Bildungsdiskussion weder angestoßen noch gefördert. Im Gegenteil: Sie lieferten mit ihrem Gutachten der Ministerialbürokratie das Argument, die Bildungsdiskussion zu beenden.

Ich selbst habe als Vertreter der GdP mit Prof. Helfer ein Anhörungsgespräch geführt. Meine Auffassung, es bedürfe einer zweigeteilten Laufbahn für die Polizei und einer Ausbildung auf einer Fachhochschule, lehnte er mit dem Argument ab, diese Forderungen seien unrealistisch. Es bedürfe des mittleren Dienstes. Kein gebildeter Mensch würde sich für die Erledigung

Kapitalmarkt

<p> ■ Beamtendarlehen ab 10.000 €-120.000 € ■ Extra günstig vom Spezialisten ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken ■ Baufinanzierungen günstig bis 120% 0800 - 1000 500 Free Call <small>Wer vergleicht, kommt zu uns.</small> Seit über 35 Jahren. </p>	<p style="font-size: small;"> Deutschlands günstiger Autokredit 3,95% effektiver Jahreszins 5.000 € bis 50.000 € Laufzeit 48 bis 120 Monate Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 30.000 €, Lfz. 96 Monate, 3,95% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,88% p.a., Rate 365,- €, Gesamtkosten 34.928,25 € </p>	<p style="text-align: center;"> </p> <p style="font-size: x-small;"> Kapitalvermittlungs-GmbH E3, 11 Planken 68159 Mannheim Fax: (0621) 178180-25 Info@AK-Finanz.de </p>
---	---	--

<p style="font-size: x-small;">Erfolg und Erfahrung seit über 23 Jahren!</p>	<p>Spezialdarlehen für Beamte und den Öffentlichen Dienst</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kostenlose Bearbeitung • Von 1.000 bis 120.000 € • Auch bei schlechter Bonität • Umschuldung – Raten bis zu 50% senken 	<p style="font-size: large; color: #0070C0;">Beamten Kredit</p> <p style="font-size: small;">Kostenlos anfragen: www.credimaxx.de</p>
--	--	--

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltdarlehen

Forwarddarlehen, Ratenkredite

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.

Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

IFS Hans-Joachim Janke
 Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

!SOFORTKREDITE!

vermittelt
PECUNIA GmbH seit 1980
Tel. 02 01/22 13 48

Ablösung teurer Kredite u. Girokonten Kredite bis zum 80. Lebensjahr
 Ohne Auskunfts bis 10.000 €.
 45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Caritas international
www.caritas-international.de
 Spendenkonto 202 753
 Postbank Karlsruhe, BLZ 660 100 75

Diakonie Katastrophenhilfe
www.diakonie-katastrophenhilfe.de
 Spendenkonto 502 707
 Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Diakonie

Katastrophenhilfe

www.diakonie-katastrophenhilfe.de
 Spendenkonto 502 707
 Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

<p style="font-size: x-small;">125 JAHRE NÜRNBERGER VERSICHERUNGSGRUPPE</p>	<p style="font-size: large; color: #0070C0;">Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!</p> <p style="font-size: x-large; color: #0070C0;">www.1a-Beamtdarlehen.de</p> <p style="font-size: small;">Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD</p>	<p style="font-size: x-large; color: #0070C0;">0800-040 40 41</p> <p style="font-size: small;">Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren</p> <p style="font-size: x-large; font-weight: bold; color: #0070C0;">NÜRNBERGER</p> <p style="font-size: x-small;">Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung Andreas Wendholz Pralat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Weselo</p>
---	---	---



Studie über die „Gebremste Polizei“ veröffentlicht

Auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf erläuterte Mitte Dezember der stellv. GdP-Bundesvorsitzende Dr. Kurt Gintzel die Studie „Gebremste Polizei“, mit der die GdP ihre Vorstellungen über eine qualifizierte Bildung und Ausbildung der Polizeibeamten an die Öffentlichkeit trug. Auf den Seiten 8 und 9 dieser Ausgabe ist eine Zusammenfassung der Studie abgedruckt. Die Broschüre wurde den Regierungen und Parlamenten in Bund und Ländern sowie zahlreichen Persönlichkeiten aus dem Bereich Bildung und Wissenschaft zugesandt.

Unser Bild zeigt den Kollegen Gintzel bei einem Rundfunkinterview nach der Pressekonferenz in Düsseldorf.

Foto: W. Dicke



Artikel aus Deutsche Polizei Januar 1973

der Drecksarbeit des Staates zur Verfügung stellen. Ähnlich äußerte sich der Polizeipräsident Schreiber von München: „Das Bildungsniveau des Polizeibeamten brauche nicht angehoben zu werden. In der Polizei machen nämlich nicht die Gasterbeiter die Drecksarbeit.“²⁹ Dieses Polizeiverständnis herrschte auch in den Ministerien und bei allen konservativen Kräften in der Gesellschaft vor (Anfang der 70er-Jahre auch bei den meisten Polizeiführern).³⁰ Die Innenminister versuchten mit dem Gutachten von Christian Helfer und Wigand Siebel ihrem Polizeiverständnis einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben.³¹

In dem Gutachten zum Berufsbild der Polizei,³² haben die Professoren Christian Helfer und Wigand Siebel alles zusammengetragen, was normativ zum Begriff, zur Organisation und zu den Funktionen der Polizei gesagt werden kann. Sie beschrieben also den Ist-Zustand der Polizei der 20er-Jahre. Danach ist Polizei, objektiv ein Mittel der Herrschaftsausübung³³, funktional ein Militärberuf³⁴ und organisationsrechtlich ein Vollzugsorgan³⁵. Keine dieser Feststellungen ist mit der Verfassung in Einklang zu bringen.

Zum Begriff Herrschaftsausübung sagt Hegel: „Der Geist der Regierung und der übrigen Verfassung bestimmen den Begriff der Polizei“³⁶ (Rechtsstaatsidee der konstitutionellen Monarchie). Danach ist die Polizei ein Mittel in der Hand derer, die berechtigt sind, Macht auszuüben (Instrumentales Polizeiverständnis).³⁷ Die Polizei

bestimmt im Spiel der Kräfte zwischen Staat und Gesellschaft den staatsfreien Raum. Nach dem grundsätzlichen Wandel des Legitimitätsbegriffs, der nur noch Herrschaft im Namen des Volkes als berechtigt gelten lässt, ist die Polizei aber kein Machtinstrument und auch kein Macherhaltungsmittel.

Die Polizei, die sich als Militärberuf versteht, handelt stets nach dem Prinzip der Effizienz. Man erinnert sich zwangsläufig an die Lagen der 50er- und 60er-Jahre, die von paramilitärisch ausgebildeten Beamten bewältigt werden mussten.

Verfassungsgemäßes rechtsstaatsgemäßes Handeln im Sinne von Art. 20 Abs. 3 GG verlangt dagegen die Beachtung von Übermaß- und Differenzierungsverbot sowie des vom Bundesverfassungsgericht postulierten objektiv-rechtlichen Prinzips. Diese Beachtung bestimmt auch die Rollenorientierung und das Rollenverständnis der Polizei sowie die Modalität polizeilichen Handelns.

Die Polizei ist kein Vollzugsorgan.³⁸ Polizei ist nur noch als Polizei im institutionellen Sinne definierbar. Als solche hat sie (und ausschließlich sie) Anordnungs- und Vollzugskompetenz für eigene Anordnungen, notfalls zum sofortigen Vollzug. Insoweit hat sie „den Vorsprung des *Fait accompli* gegenüber der Reflexion des Rechts auf ihrer Seite“ (Denninger). Das erfordert eine qualifizierte Ausbildung und nicht die eines Vollzugsbeamten. Den Gutachtern und Schreiber ist zu widersprechen (s. Fußnote 30).

Zum Begriff Sozialingenieur

Der Begriff Sozialingenieur wurde 1970 erstmalig von der GdP verwendet. Die GdP verstand darunter einen Fachmann für Fragen der inneren Sicherheit, der in der Praxis der Prävention umzusetzen. Diese Definition ist in der öffentlichen Diskussion nicht akzeptiert worden.³⁹ Die GdP hat deshalb den Begriff nicht mehr verwendet. Der Terrorismus der 70er-Jahre hat darauf keinen Einfluss gehabt.

Abschließend kann festgestellt werden: Es wurden Fakten aufgezeigt, an Hand derer sich die politischen Rahmenbedingungen der Polizei erforschen lassen. Unter Berücksichtigung langer Entwicklungslinien, die weit über die Weimarer Republik zurückreichen, sollten diese Fakten (das Geschehene) für Historiker als Quelle dienen, und zwar so, wie es Reinhard Scholzen⁴⁰ unter Hinweis auf Leopold von Ranke formuliert hat: Zu zeigen, wie es eigentlich gewesen ist.



Erklärungen zu den Fußnoten

Abdruck mit freundlicher Genehmigung von „Die Polizei“, Heft 20/13



Zu: DP-Exklusivinterview mit Dr. Thomas de Maizière, DP 11/14

Interessiert habe ich das Interview mit unserem Bundesinnenminister gelesen und war erstaunt über die nahezu klaren und konsequenten Worte. Ich selbst bin Polizeibeamter des PP Koblenz und verrichte meinen Dienst im Wechselschichtdienst (WSD) auf einer Dienststelle, in deren Zuständigkeitsbereich die Polizei nicht immer gern gesehen ist.

Mir fiel jedoch mal wieder der Teil des Artikels auf, in welchem eine höhere Strafforderung für Straftaten gegen Polizisten thematisiert wurde. Hier musste ich wieder an die gleichgelagerte Debatte in Bezug auf das Waffenrecht denken. Auch hier ist meiner Meinung nach nur eine hohe Strafandrohung kein geeignetes Mittel zur Verhinderung. Für mich liegt der Hase bereits auf wesentlich geringerer Ebene im Pfeffer. Nämlich bei der Nachhaltigkeit und Kontrolle.

Bezugnehmend auf Paragraph 113 StGB, der bereits eine Strafandrohung von bis zu drei Jahren (in schweren Fällen nicht unter sechs Monaten bis fünf Jahre) vorsieht, kann man eigentlich sagen, dass eine vergleichsweise hohe Strafandrohung bereits gegeben ist. Auch bezüglich Körperverletzung, Beleidigung, Nötigung etc. zu unserem Nachteil sind die Strafen bereits gesetzlich verankert. Auch hier sehe ich das Problem nicht darin begründet, dass die Strafandrohung zu gering ist, sondern der vorhandene Straffrahmen nicht im Ansatz ausgereizt wird.

Es beginnt schon bei einer einfachen Beleidigung, wie alltäglich von uns hinzunehmen als Wichser/Drecksbulle/Pisser/Arschloch etc., die durch uns angezeigt und dann ohne weitere Bearbeitung bei der Einstellungsbehörde abgeschmettert wird. Auch wenn der Beschuldigte bereits 50 Fälle bei uns hat. Nicht anders ist es mit vielen Widerständen und anderen Straftaten gegen die Polizei. Oftmals stellt sich mir bereits der Kamm, wenn ich mitbekomme, dass die Dienststellenleitung schon der erste Stein im Weg

der uns zustehenden Strafverfolgung ist, indem hier schon kein Strafantrag gestellt wird. Auch wird dieser gestellt, hängt es dann an der Präsidialebene. Liegt die Akte bei der Staatsanwaltschaft, wird hier der Deckel im Rahmen der Paragraphen 153 oder 170 StPO geschlossen. Und hier liegt der Hase begraben.

Um eine wirksame Veränderung im Bewusstsein der Bevölkerung und nachhaltige Festigung von Respekt gegenüber der Polizei zu erreichen, sollten die nunmehr bereits vorhandenen Möglichkeiten genutzt und der Rückhalt in den eigenen Reihen konsequent eingefordert werden. Ich möchte endlich mal von einer Staatsanwaltschaft und nicht nur von der Einstellungsbehörde sprechen können. Auch würde es mal gut tun, wenn die Führung einen im Strafverfolgungsprozess unterstützen würde statt hier bereits vieles runter zu spielen. Wenn der Bürger keine Ahnung seines eigenen Fehlverhaltens erfährt, warum soll er es ändern oder gar seinen Kindern anders beibringen?? Wie in der Wirtschaft bekannt ist, kommen zufriedene Kunden wieder – zufriedene Angestellte arbeiten besser! Wäre schön, wenn dieses Motto auch im benannten Problemfeld Anklang fände.

Sebastian Schulz, Koblenz



Nichts gegen das Exklusivinterview mit dem Bundesinnenminister. Die Themen waren aktuell gewählt und vieles hatte auch pragmatischen Aussagewert. Gleichwohl hätte ich mir gewünscht, dass zum Thema „Aufgabenliste der Polizei wird immer länger“ / „Einsatzstärken“ nachgefragt wird, wie er den permanenten Stellenabbau im Bund und in den Ländern bewertet. Ebenso erschienen mir die Fragen zum Komplex „Respektverlust/Analysen“ sehr, mit Verlaub gesagt, seicht und wenig DP-würdig.

Was die zehn (!!!) Fotos vom Minister Dr. de Maizière auf acht Seiten Interview angeht, da wird wohl allein sein Pressesprecher vor Freude geklatscht haben. Das geht gar nicht! Für mich ist diese Überhöhung nicht angemessen

und erinnert eher an Wahlkampfzeiten als an seriöse journalistische Arbeit.

Ullrich Papperitz, Rauen

Zu: Unheimliche Allianzen, DP 11/14

Der Artikel von Prof. Salzborn „Unheimliche Allianzen“ (DP 10/14) war wichtig und richtig. Ich möchte sowohl Prof. Salzborn als auch die GdP ausdrücklich ermutigen, an diesem Thema „dran zu bleiben“. Selbstverständlich darf man Israel kritisieren (warum wird dies eigentlich immer so betont?). Wer jedoch Terror der Hamas durch die Hintertür rechtfertigt („Was sollen sie denn anderes machen?“), Schuldzuweisungen an Israel auf unrichtigen historischen Behauptungen und einseitigen Darstellungen aufbaut (der Leserbrief Hawer aus DP 11/14 bietet hier exzellentes Anschauungsmaterial) begibt sich auf fragwürdiges Terrain. Nur zur Erinnerung: Die Hamas will nicht nur die Zerstörung Israels, sondern auch die Errichtung eines islamistischen Staates. Insoweit mag sie sich in den Methoden, letztlich aber nicht in der Zielsetzung von dem IS und anderen Islamisten unterscheiden. Was diese Herrschaften von der Polizei halten, war übrigens vor kurzem in Frankfurt gut zu beobachten.

Marcus Häuser, Wiesbaden

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de**





Die Handschrift
der Werbung

Patronen-Roller System


Ist die innovative Basis für neuartige Tintenroller Schreibgeräte. Dank seiner speziell entwickelten, verschleißbaren Kugelspitze punktet das Patronen-Rollerball-System mit einer bisher unerreichbaren Langlebigkeit.

Das Patronen-Roller-System arbeitet nach dem Prinzip des Füllhalters und kann mit Standard-Tintenpatronen nachgefüllt werden. Somit entfällt die lästige Suche nach einer passenden Schreibmine.

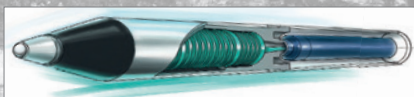
Metall-Schreibset "Glamour"

Bestehend aus:

- Drehkugelschreiber mit Softdrehmechanik, hochwertiger Schaftdesignnützung und Metallzierring. Beschlagteile glanzverchromt. Metall-Großraummine blauschreibend.
- Patronenroller mit hochwertiger Schaftdesignnützung und Metallzierring. Beschlagteile glanzverchromt. Das Patronen-Roller-System arbeitet nach dem Prinzip des Füllhalters und kann mit Standard-Tintenpatronen nachgefüllt werden (inkl. Patrone).
- Etui mit Magnetverschluss.

255312  21,95 € 25,95 €

Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung.



Letzter Bestelltermin: 31.12.2014



**ORGANISATION- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165
osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de

Weitere Produkte finden Sie unter: www.osg-werbemittel.de, oder fordern Sie unseren kostenlosen OSG-Werbemittelkatalog an.

DHPol forscht über verbesserten Fan-Dialog im Fußball

Über den Fortgang des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) auf drei Jahre (2013 bis 2016) geförderten Verbundprojekts „Mehr Sicherheit im Fußball – Verbessern der Kommunikationsstrukturen und Optimieren des Fan-Dialogs“ (SiKomFan) informierte sich GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) Ende Oktober in Münster-Hiltrup.

Der Leiter des Fachgebiets „Grundlagen der polizeilichen Einsatzlehre und Zeitlagen“, Thomas Kubera, erläuterte als Verbundkoordinator des Projekts den aktuellen Sachstand. Momentan befänden sich die Teilprojekte in der Datenerhebungsphase, in der unter anderem eine Reihe von Experteninterviews mit Polizeiführern und Vereinsvertretern durchgeführt würden.

Der GdP-Vorsitzende begrüßte den DHPol-Forschungsansatz. Er sagte: „Sicherheitsgewährleistung im Fußball ist gerade auch im Hinblick auf die Einsatzbelastung der Polizeikräfte ein wichtiges Thema. SiKomFan

kann hier durch die Identifizierung von erfolgreichen Kommunikationsstrategien und „best practices“ Optimierungsbedarf aufzeigen. Damit können die Forschungsergebnisse zu einem sicheren und ressourcenschonenden Fußballereignis beitragen, von dem Polizeikräfte und Fans gleichermaßen profitieren.“ Für den weiteren Projektverlauf sicherte Malchow die Unterstützung der GdP zu.

Neben Kuberas Fachgebiet sowie der DHPol-Abteilung „Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Polizeirecht einschließlich des internationalen Rechts und des Europarechts“ sind noch weitere Projektpartner aus Wissenschaft und Wirtschaft mit eigenen, voneinander unabhängigen Teilprojekten beteiligt. Weitere Informationen über das Projekt und seine Partner gibt es unter www.sikomfan.de **mzo**



(v.l.n.r.): SiKomFan-Mitarbeiter Andreas Werner, GdP-Vorsitzender Oliver Malchow, SiKomFan-Verbundkoordinator Thomas Kubera während des Informationstreffens.

Foto: Silvia Herbold (DHPol)

STUDIE

„Alterung ist kein Bedrohungsszenario“

„Die Erfahrungen älterer Menschen und ihre Bereitschaft, diese auch weiterzugeben, sollten wir in unserer Gesellschaft nutzen“, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière bei der Vorstellung der vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) gefertigten Studie „Lebenspläne und Potenziale älterer Menschen beim Übergang in den Ruhestand“ Anfang November in der Berliner Bundespressekonferenz. Erstmals könne eine mit 5.000 Teilnehmern so breit angelegte Forschungsarbeit zur Generation der 55- bis 70-Jährigen Auskunft über die politischen Motive, Planungen und Wünsche dieser Altersgruppe geben. Unter dem Strich sei festzustellen, so Prof. Dr. Norbert F. Schneider, Direktor des in Wiesbaden ansässigen BiB, „Alterung ist kein Bedrohungsszenario“.

Der Minister verwies auf die Arbeitsgruppe „Demografie-Strategie“ der Bundesregierung sowie Ergeb-

nisse der ersten beiden sogenannten „Demografie Gipfel“. Man habe sich dort den Problemen von künftig we-

niger Kindern, der Entvölkerung ländlicher Gebiete und der Finanzierung einer insgesamt älter werdenden Gesellschaft stellen müssen. Zunächst das Alter an sich als Defizit zu bewerten, bezeichnete er als falsche Herangehensweise, heraus kristallisiert habe sich dagegen, dass das Alter deshalb Chancen biete, weil bisher ungenutzte Aktivitätspotenziale Brach lägen. Es erschließe sich nicht, warum man Ältere offenbar nicht mehr haben wolle.

De Maizière sieht diese Position durch die Studie untermauert. So würden rund ein Drittel der befragten Erwerbstätigen mit „Freude an der Arbeit“ auch im Ruhestand weiter-



POLIZEI PRAXIS

WWW.POLIZEIPRAXIS.de

Seit 6 Monaten eine Erfolgsstory!

Hierfür bedanken wir uns mit der Verlosung eine Paares **HAIX Black Eagle Adventure 30 Low** im Farbton „poison“ unter allen Anmeldungen für unseren Newsletter bis zum **31.12.2014**.

HAIX Black Eagle Adventure 30 Low Poison

- wasserdicht und atmungsaktiv
 - Auftrittsdämpfung und -federung
 - Schnellverschlussystem
- Weitere Informationen unter:
www.haix.de



Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Im Einsatz – im Thema. Kontakt Impressum Newsletter

POLIZEI PRAXIS

STARTSEITE THEMEN AUSGABEN PRODUKTE SERVICE

Sie sind hier > Startseite

Suche nach Sachgebieten, Hilfe, Tipps und mehr...

SCHWARZES BRETT

Attraktive Angebote in unserer Rubrik PRODUKTE!!
Beachten Sie auch die attraktive Auswahl von Produkten für den polizeilichen und privaten Alltag. Einfach auf den Reiter PRODUKTE klicken und schon finden Sie eine Vielzahl an Hilfsmitteln für Ihre... [\[mehr lesen\]](#)

PMRExpo 2014 vom 25. bis 27. November in Köln
Die Teilnehmer der PMRExpo erwartet auch in diesem Jahr eine abwechslungsreiche, spannende Veranstaltung mit einem Mix aus bewährten Formaten, aktuellen und zukunftsweisenden Inhalten sowie neuen... [\[mehr lesen\]](#)

Newsletter - Anmelden und Gewinnen!
Sie möchten über die neuesten Meldungen und Beiträge auf POLIZEIPRAXIS.DE informiert werden? Dann melden Sie sich noch heute für den Newsletter an! Unter allen Anmeldungen, die zwischen dem... [\[mehr lesen\]](#)

CAK-Seminare mit besonderer Relevanz für die Polizei 2014
Mobile-Device-Security - Risiken und Schutzmaßnahmen
Smartphones, Tablets, notebooks und andere mobile Endgeräte - Welche Sicherheitsrisiken gibt es, welche Schutzmaßnahmen können getroffen... [\[mehr lesen\]](#)

NEWSLETTER ABONNIEREN

Ihre @ E-Mail-Adresse

NEUE ARTIKEL

Cyber Akademie - 2015 gut geschult gegen Cybercrime!

In Behörden, Unternehmen, kirchlichen Institutionen und sonstigen Organisationen ist der Zugriff auf personenbezogenen Daten und vertrauliche Vorgänge ein lohnenswertes Ziel für

Hacker. Nicht... [\[mehr lesen\]](#)

STUDIE

machen, sagte er. Sehr erfreulich sei zudem, dass fast 60 Prozent sehr gern auch im Ruhestand ein Ehrenamt ausüben möchten. Der Minister: „Die Studie ergibt ein positives Bild über diese Altersgruppe.“

In Kernsätzen hatte BiB-Direktor Prof. Schneider der Hauptstadtpresse die Studien-Befunde erläutert. So seien die Spanne der in den letzten Jahrzehnten erhöhten Lebenserwartung „gewonnene Jahre“, das Leben sei nicht am Ende, sondern in der Mitte. Zudem verliefen Lebensläufe heute deutlich vielfältiger. Die bisher übliche Dreiteilung des Lebenslaufs in eine Ausbildungs-, Produktivitäts- und Ruhestandsphase löse sich immer mehr auf, sagte Schneider. Das Bild eines durch Gebrechlichkeit und sozialen Rückzug gekennzeichneten Alters treffe bestenfalls auf Hochbetagte zu. Ältere fragten sich immer mehr, wie sie im Ruhestand leben wollen.

„Die beschleunigte Alterung der Gesellschaft ist in dieser Form histo-



Studie ergibt keinen Hinweis auf Generationenkonflikt. Foto: Zielasko

risch neuartig und stellt eine besondere Herausforderung dar“, bilanzierte der Bevölkerungsforscher. Es gebe aber keinen Hinweis auf einen Generationenkonflikt.

Die Bundesregierung hatte dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zufolge im Frühjahr 2012 ihre Demografiestrategie verabschiedet. Neben Maßnahmen des Bundes beinhaltete sie Vorschläge, die gemeinsam mit Ländern, Kommunen, Verbänden, Sozialpartnern, Wirtschaft, Wissenschaft und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft realisiert werden sollen. Beim ersten Demografiegipfel im Oktober 2012 war ein erster Dialogprozess mit allen Gestaltungspartnern angestoßen worden. Eine erste Bilanz der Zusammenarbeit war auf dem zweiten Gipfel ein Jahr später vorgestellt worden.

mzo

Weitere Informationen bietet das „Demografie-Portal“ im Internet.



WETTKAMPF

18. Deutsche Polizei-Schachmeisterschaft

In Ludwigshafen am Rhein fand im Herbst zum 18. Mal die Deutsche Schach-Meisterschaft für aktive und ehemalige Polizeibeschäftigte statt. Seriensieger Ralf Kotter aus Dortmund verteidigte seinen Titel erfolgreich.

48 Teilnehmer maßen sich am schwarz-weißen Spielbrett im Turnierschach. Zudem wurden ein Schnellturnier mit 24 und ein Blitzturnier mit 19 Teilnehmern ausgefochten.

Das Schnellschachturnier, das nach Schweizer System mit 9 Runden gespielt wurde, gewann der Kripobeamte Kotter mit 8,5 Punkten vor dem Vorjahressieger Uwe Rauch mit 7,0 Punkten von der SVG Offenburg. Auf dem dritten und vierten Platz folgten mit jeweils 6,0 Punkten Gerd Große-Frintrop und Rupert Prediger, wobei über die Reihenfolge erst die zweite Feinwertung – Feinwertungen werden angewendet, wenn mehrere Spieler punktgleich sind – entscheiden musste.

Das Blitzschachturnier, das nach dem Modus jeder gegen jeden ge-

spielt wurde, dominierte ebenso der Nordrhein-Westfale Kotter.

Turnier-Krimi

Der Höhepunkt der Meisterschaft entwickelte sich einmal mehr zu einem wahren Krimi. Der Turnierverlauf wies pure Dramatik auf, die kaum ein Regisseur hätte besser inszenieren können: Nach vier Runden führte Rauch mit 4,0 Punkten vor dem Fidemeister Kotter, Sebastian Mürer und Hans-Martin Mannheimer mit jeweils 3,5 Punkten. Es folgten sechs Spieler mit drei Punkten. In Runde 5 trafen die vier Erstplatzierten in direkten Vergleichen aufeinander. Rauch trennte sich von Mannheimer ebenso Remis wie Kotter von Mürer. In der nächsten

Runde gewann Prediger gegen Rauch, Kotter gegen Zahn und Mürer gegen Mannheimer.

Danach führte Kotter vor Mürer und Prediger das Feld mit 5,0 Punkten an. Es folgte Rauch und Große-Frintrop mit je 4,5 Punkten, sodass die letzte Runde die Entscheidung über den Turniersieger bringen musste.

Spannende Entscheidung

Kotter traf auf Prediger und Rauch auf Mürer. Bei einem Remis zwischen Kotter und Prediger hätte Mürer der lachende Dritte sein können, wenn er seine Partie gegen Rauch gewinnen würde. An Brett 1 siegte Kotter, am zweiten Mürer nach langem und zähem Spiel. Somit hatten beide sechs der sieben möglichen Punkte erreicht.

Zur Ermittlung des Turniersiegers mussten die Feinwertungen herangezogen werden. Auch in der ersten Feinwertung, der Punktsammenwertung, waren beide Spieler mit 24,0



WETTKAMPF

Punkten gleichauf. Erst die zweite Feinwertung brachte einen Vorsprung von 2,0 Punkten für Kotter vor dem Niedersachsen Mürer.

Auch für die Plätze drei bis sechs war ein Blick auf die Feinwertungen nötig. Dritter nach insgesamt starker Turnierleistung wurde der Bundespolizist Joachim Goerg mit 5,0 Punkten, gefolgt von Prediger, Richard Zahn und dem Thüringer Michael Wegerich mit gleicher Punktzahl.

Den Preis für den besten Spieler über 60 Jahre erkämpfte sich im Alter von 81 Jahren der Potsdamer Erhard Bernhöft mit 4,5 Punkten. **Dieter Klebe**



Teilnehmer beim Blitzturnier.

Foto: Dieter Klebe

ISRAEL-TOUR

Outdoor durch Wüste und Berge

Einmal Israel, das Heilige Land abseits der sonstigen „normalen“ Angebote, erleben – wer träumt nicht davon? Die GdP bietet seit vielen Jahren im Rahmen staatspolitischer Bildungsreisen allen Interessierten aus Bund und Ländern zwei ganz verschiedene Möglichkeiten an.

Vom 13. bis 20. Mai 2015 starten wir wieder zur großartigen GdP-Outdoor-Tour durch dieses einmalige, zauberhafte Land der Religionen, Jahrtausende alter Geschichte und politischen Widersprüche. Die begeisterten Berichte der Teilnehmer vergangener Jahre sprechen für sich.

Mit Zelt und Wanderstiefeln werden eigene Camps in der Region von See Genezareth und Jordan-Fluss, am Fuße der Judäischen Berge und in der Wüste Negev aufgeschlagen und Hannah's traumhafte Kochkünste „draußen“ genossen.

Einen Überblick über die Geschichte und Situation an der Grenze zu Syrien und zum Golan verschaffen wir uns mit Kletterseil und Wanderstiefeln im Golan-Gebirge und entlang des Schwarzen Flusses. Ein Besuch im Beth Hatefutsoth der Universität Tel Aviv und der Unabhängigkeitshalle steht genauso auf dem Programm wie der Besuch von Yad Vashem in Jerusalem und eine Einweisung in die besondere

Situation der Altstadt von Jerusalem auf dem schwierigen Weg zum Frieden zwischen Israelis und Palästinensern. Besonders interessant sind auch die Tour in die Negev-Wüste und ein Besuch der Wüsten-Rettungs-Einheit. Durch den Ramon-Krater werden wir Wüstenerfahrung und politische Information zur Lage an der ägyptischen Grenze verbinden. Und natürlich darf das Tote Meer und die spannende Erfahrung des Abseilens aus größeren Höhen nicht fehlen. Zelte, Schlafsäcke und Matten werden gestellt.

Die Reise ist für Interessierte geeignet, die keinen körperlichen Einschränkungen unterliegen, und bei Junge-Gruppe-Mitgliedern sehr beliebt. Für die Tour wird wiederum die Anerkennungsfähigkeit für Sonderurlaub (Beamte) beziehungsweise Bildungsurlaub (Arbeitnehmer) beantragt.

Neugierig geworden? Sehr gut! Weitere Informationen, spannende Reiseberichte und Fotos der bisherigen Gruppen, auch alle Anmeldeformulare

und Kosten unter

www.israelreise.gdp-bundespolizei.de

Fragen gern auch direkt an den Tourleiter, Sven Hüber (E-Mail gdp@gdp-bundespolizei.de oder Telefon 030/186812718).

Sven Hüber

**Bitte vormerken:
GdP-Bildungsreise
Oktober 2015**

Zur Urlaubsplanung in den Dienststellen jetzt schon vormerken, auch wenn man Sonderurlaub oder Bildungsurlaub erhalten könnte: vom 11. bis 20. Oktober 2015 findet wieder die klassische zehntägige GdP-Bildungsreise nach Israel mit Hotelunterkunft statt. Das Programm ist naturgemäß anders gestaltet als bei der Outdoor-Tour und richtet sich an alle Altersgruppen. Wegen der großen Nachfrage können sich Interessenten bereits jetzt vormerken lassen. Informationen unter: www.israelreise.gdp-bundespolizei.de oder beim Tourleiter Sven Hüber (Tel.: 030/186812718).



ARBEITSTAGUNG

Kampf um Mitsprache der Senioren geht weiter

Es ist schon ein besonderes Ereignis, wenn sich die süddeutschen GdP-Senioren (Landesvorsitzender und ein Vertreter) einmal im Jahr zu einer Arbeitstagung treffen. Das ist kein

ehemalige Bundesseniorenvorsitzende Artur Jung seinen Heimatbezirk.

Der saarländische GdP-Vorsitzende, Ralf Porzel, erläuterte zu Beginn der gewerkschaftspolitischen Tagung die

vertretung notwendig machen. Besonders verärgert waren die Tagungsteilnehmer, dass der GdP-Antrag auf ein organisiertes Mitspracherecht im DGB auf dem letzten Kongress im Frühjahr 2014 mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Einig zeigte man sich, dass die GdP für den nächsten Kongress im Jahre 2018 einen erneuten Anlauf nehmen müsse.

Bei der Diskussion über die Seniorenarbeit in den einzelnen süddeutschen Landesbezirken wurde deutlich, dass überall die Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“ sehr große Nachfrage erleben und für die Erhaltung der Mitgliedschaft in der GP nach Eintritt in den Ruhestand von

großer Bedeutung seien. Auch der Aspekt der Weitergabe der langjährigen Berufserfahrungen, neudeutsch: „Know-how“, an junge Mitglieder, die oft außer Schule und Studium nur wenig ausreichenden beruflichen Hintergrund hätten, wurde als bedeutend angesehen.

Das „Süddeutsche Treffen“, 1998 unter dem damaligen Bundesvorsitzenden Hermann Lutz ins Leben gerufen, versteht sich als Diskussionsgremium, das Probleme erörtert und diese im Idealfall mit Lösungsvorschlägen in den Bundesseniorenvorstand einbringt.

H. W. Fischer



Die Teilnehmer des „Süddeutschen Treffens“ der GdP-Senioren aus Bayern, Baden-Württemberg, Saarland, Rheinland-Pfalz, Hessen, Thüringen, Sachsen, Nordrhein-Westfalen und vom Bundeskriminalamt; Mitte ganz vorn Gastgeber Artur Jung, Saarland.

Foto: Lothar Schmidt

besonderes Kaffeekränzchen, es ist aber das Treffen einer Gemeinschaft von Menschen, die sich verbunden fühlen und die etwas tun wollen für ihre Kolleginnen und Kollegen im Ruhestand. Die Länder Bayern, Saarland, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hessen, Thüringen, Sachsen, neuerdings auch Nordrhein-Westfalen und das Bundeskriminalamt gehören zu diesem Kreis. Von rund 175.000 GdP-Mitgliedern in Deutschland gehören etwa 30.000 zu der Personengruppe der Senioren.

In diesem Jahr traf man sich im Herbst in Bosen am Bostalsee im Saarland. Als Gastgeber präsentierte der

geschichtliche Entwicklung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) sowie der Gewerkschaft der Polizei im Saarland und ging dabei auch auf die finanzielle Situation sowohl des Saarlandes ein.

Thema bei solchen Treffen ist auch immer die Vertretung der Senioren in der GdP, den anderen Einzelgewerkschaften und dem DGB. So war man sich einig, dass die GdP ihre Senioren zwar in ihre Organisationsstrukturen schon lange eingebaut hat, dass aber ihre speziellen Interessen in den verschiedenen Gremien (insbesondere Delegiertentagen und teilweise auch in Vorständen) eine noch bessere Ver-



Verbesserung in der Pflege ist dringend notwendig

Mit der Frage „Wie weiter in der Pflege?“ beschäftigte sich der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in einem Forum Ende Oktober in Berlin. Dort zugegen waren Vertreter des DGB, aus der Politik und Experten aus dem Bereich der Pflegeversicherung. Für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) nahmen der Bundesvorsitzende der GdP-Seniorengruppe, Wilfried Wahlig, und der Landeseniorenvorsitzende der GdP Berlin, Klaus Kulick, teil und informierten sich über dieses aus ihrer Sicht wichtige gesellschaftspolitische Thema.

Der DGB setzt sich seit längerer Zeit für eine Weiterentwicklung der Pflegeversicherung ein. Gefordert werden eine gute Versorgung, gute Beschäftigungsverhältnisse für das Pflegepersonal und eine gerechte Finanzierung der Pflegeversicherung. Da die Pflegereform der Bundesregierung langsam Konturen annimmt, hatte der Dachverband der Gewerkschaften eingeladen.

Ein Pflegestärkungsgesetz ist auf dem Weg. Es stellt sich jedoch die Frage, ob damit alle Probleme in der Pflege gelöst werden. Von besonderer Bedeutung ist bei der Reform der Pflegeversicherung die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes. Der gleichberechtigte Anspruch von Leistungen für Menschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen steht im Mittelpunkt der Veränderungen in der Pflege. Die spannende Frage bei der Reform der Pflegeversicherung dürfte sein: Was haben die pflegebedürftigen Menschen, ihre Angehörigen und die Beschäftigten in der Pflege zu erwarten.

Dauerbaustelle

Annelie Buntenbach aus dem Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand bezeichnete die Pflegeversicherung als Dauerbaustelle. Pflegebedürftigkeit dürfe nicht zum Armutrisiko werden. Sie forderte eine Stärkung der ambulanten Pflege, eine klare Definition des Pflegebedürftigkeitsbegriffes und die Inkraftsetzung des Pflegestärkungsgesetzes noch in dieser Legislaturperiode. Sie hob hervor, dass der DGB einen vollen Kostenausgleich alle zwei Jahre fordere. Für den DGB ist ebenfalls die Behebung des Fachkräftemangels von großer Bedeutung.

Sie mahnte insbesondere eine Verbesserung in der Ausbildung und der Arbeitssituation des Pflegepersonals an.

Pflegebedürftigkeitsbegriff

Der Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Bevollmächtigte der Bundesregierung für Pflege, Karl-Josef Laumann, betonte die im Koalitionsvertrag festgelegte Weiterentwicklung in der Pflege. Er gehe davon aus, dass die Reform der Pflegeversicherung noch in dieser Legislaturperiode stattfindet. Eine Veränderung in der Pflege werde zwar von allen Seiten gewünscht, dürfte aber von höheren Kosten begleitet werden. Derzeit erhielten 4,5 Millionen Menschen Pflegeleistungen, davon 700.000 in Heimen. Das System der häuslichen Pflege solle durch die Reform gestärkt werden. Als entscheidenden Punkt der Reformvorschläge in der Pflegeversicherung bezeichnete Laumann die Festlegung auf einen Pflegebedürftigkeitsbegriff. Die Umstellung vom derzeitigen auf ein neues System sei die große Herausforderung. Er hoffe auf eine abgeschlossene Gesetzgebung im Jahre 2015, um eine Umstellung des Pflegesystems in 2017 zu ermöglichen.

Mehr Geld benötigt

In einer anschließenden Podiumsdiskussion mit Annelie Buntenbach, Karl-Josef Laumann und Prof. Dr. Andreas Büscher, Hochschule Osnabrück, wurde gemeinsam festgestellt, dass die Pflegereform nicht über die nächste Legislaturperiode finanzierbar sei und mehr Geld benötigt würde. Für viele junge Mitglieder des Deutschen Bundestages sei es indes

wichtig, dass eine Rücklage in einem Versorgungsfond angesammelt werde. Ein Kostenumfang der Reform sei aber nicht absehbar. Alle Podiumsteilnehmer erklärten übereinstimmend, dass sie für eine Generalausbildung in der Kranken- und Altenpflege eintreten werden.

Teilkasko-Problem

Gernot Kiefer vom Vorstand des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) betonte, dass die tatsächliche Teilhabe am Leben von Pflegebedürftigen auf den Prüfstand gehöre. Die Bewertung von Pflegeleistungen mit einem identischen Maßstab hält er dabei für besonders wichtig. Er hoffe auf eine Veränderung der Rahmenbedingungen in der Pflege, so beim Pflegepersonal und dessen Bezahlung und forderte eine Reform in der Pflege-Ausbildung. Das Problem der derzeitigen Pflege sehe er im Teilkaskoverfahren, wie er es nannte, und hält die Umstellung auf eine volle Kostenübernahme für zwingend erforderlich.

Der Geschäftsführer des Spitzenverbandes des medizinischen Dienstes der Krankenkassen, Dr. Peter Pick, sah in der Einführung eines Pflegebedürftigkeitsbegriffes den zentralen Punkt bei der Reform der Pflegeversicherung. Dieser neue Begriff soll alle Arten der Pflegebedürftigkeit erfassen. Sein Verband begrüße die Reform der Pflegeversicherung. In Zukunft solle der Grad der Selbständigkeit im Mittelpunkt stehen. Es werde daher zukünftig fünf Pflegegrade geben, wobei der Pflegegrad eins unterhalb der derzeitigen Pflegestufe eins liegen werde.

Werner Hesse, Geschäftsführer des paritätischen Gesamtverbandes, bemängelte insbesondere das offenbar fehlende Interesse der Pflegekassen an Reha-Maßnahmen für Pflegebedürftige. In der abschließenden Podiumsdiskussion betonten sowohl Kiefer, Pick und Hesse, dass ältere Menschen zwar lieber in ihrer Wohnung bleiben möchten, jedoch ein verstärkter Zuzug in Heime festzustellen sei, dies insbesondere in Kommunen, in denen eine ambulante Pflege nicht ausreichend möglich ist.

Es gibt offenbar noch viel zu tun.

**Wilfried Wahlig,
Bundesseniorenvorsitzender**



Schleswig-Holsteiner GdP-Landesseniorenvorsitzender mit Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet

Der Landesseniorenvorsitzende der GdP Schleswig-Holstein und mehrjährige stellvertretende Bundesseniorenvorsitzende, Frank Poster, wurde im Sommer in Kiel mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. In Abwesenheit des Bundespräsidenten nahm Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig die Ehrung vor. Frank Poster habe vor allem wegen seiner jahrzehntelangen besonderen ehrenamtlichen Tätigkeiten den Verdienstorden erhalten, betonte Albig in einem Festakt, an dem auch Innenminister Andreas Breitner und der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner teilnahmen.

Hervorgehoben wurde Posters langjährige GdP-Arbeit. Er sei nicht nur Vorsitzender des Personalrats seiner Dienststelle und Kreisgruppe gewesen, sondern habe in diesen Ämtern kranke Kolleginnen und Kollegen betreut, sich um Hinterbliebene gekümmert und Spendenaktionen durchgeführt. Er habe Polizeibälle organisiert, deren Erlöse karitativen Zwecken zugeführt wurden. Seit seiner Pensionie-



Der neue Träger des Bundesverdienstkreuzes, Frank Poster, bei seiner Dankesrede.

Foto: Frank Peter

... rung kümmere er sich um ehemalige Kolleginnen und Kollegen und zeige

sein soziales Engagement auch dadurch, dass er mit weiteren Senioren in seinem Sportverein eine Sport- und Tennishalle ehrenamtlich betreibe, die für den Schul- und Breitensport zur Verfügung steht.

Der Geehrte legte in seiner Ansprache den Fokus auf die Feststellung, dass viele ehrenamtlich tätige Menschen in Deutschland die Ehrung ebenso verdient hätten, aber aus welchen Gründen auch immer, für diese Auszeichnung nicht vorgeschlagen würden. Unterdessen zeigte er sich stolz und glücklich über die hohe Auszeichnung. Poster äußerte sich auch dankbar gegenüber „seiner GdP“, die ihn über 30 Jahre in Verantwortung genommen habe und noch immer nehme. Diese Ehrung sei zudem eine Würdigung der Ehrenämter in der Wohnortgemeinde, in Vereinen, Verbänden und an Gerichten. Frank Poster warb bei dieser Gelegenheit für die „Übernahme des Ehrenamtes, wo immer es sich anbietet“ und dies, so der GdP-Senior: „Am liebsten zuerst in unserer GdP.“

H. W. Fischer

SENIOREN



Nr. 12 • 63. Jahrgang 2014 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/
Pressestelle**
Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung**
**Ein Unternehmen der Gewerkschaft
der Polizei**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014



Druckauflage dieser Ausgabe:
179.900 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel

Foto: GdP/Immel

Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



VERKEHRSunFALLAUFNAHME

Unfallort - Tatort, Recht, Maßnahmen

Von **Richard Taschenmacher** und **Wolfgang Eifinger**.

NEU
AUFLAGE

4. Auflage 2014

Umfang: 496 Seiten

Format: DIN A 5, Broschur

Preis: 32,- € [D]

ISBN 978-3-8011-0671-3

Die Verkehrsunfallaufnahme erfordert von Polizeibeamtenden die eingehende Kenntnis unterschiedlicher Rechtsgebiete und sicheres Wissen über physikalische, technische, kriminaltechnische und -taktische Gegebenheiten. Dieses in vielen Jahren bewährte Lehrbuch hilft, die dafür erforderliche professionelle Kompetenz zu erlangen und zu erhalten.

Für diese Neuauflage haben die Autoren das Buch grundlegend überarbeitet und aktualisiert. Die Anwendung der digitalen Skizze unter Nutzung der Software MS-Visio sowie des Spurensicherungsverfahrens Monobild-digital findet ebenso Berücksichtigung wie auch die Änderungen der Unfallmitteilungen sowie der Übersichten der Unfallgruppen und -kategorien. Das Kapitel Beweis- und Spurenlehre wurde zudem erheblich erweitert sowie zur Veranschaulichung bestimmter Spuren mit Farbfotos versehen.



DIE AUTOREN

Richard Taschenmacher, Polizeihauptkommissar a. D.;
Wolfgang Eifinger, Erster Polizeihauptkommissar.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseprobe und Bestellmöglichkeit unter: www.VDPolizei.de

POLIZEIKALENDER 2015



Polizeikalendar 2015

Der Taschenkalender im praktischen DIN-A6-Format (10 x 14 cm).

- Jahrbuch und Nachschlagewerk in einem
- Zahlreiche Übersichten und Tabellen
- Bewährtes „Verkehrs-ABC“

Format DIN A6 **4,50 €**

Polizeiterminer 2015

Ein Terminer der Spitzenklasse im Format 17 x 23 cm. Speziell auf den Bedarf der Polizei zugeschnitten!

- Übersichtliches Kalendarium
- Dreimonatsübersicht auf jeder Doppelseite
- Schichtdienst- und 24-Stunden-Planner
- Strapazierfähige Fadenheftung
- Matte, samtweiche Oberfläche

Format 17 x 23 cm **4,20 €**

Cartoon-Wandkalender Polizei 2015

Wandkalender im Format 40 x 50,4 cm mit zwölf großformatigen Cartoons zu „polizei(un)typischen“ Situationen.

- Versehen mit einer Wire-O-Bindung, sodass Sie Blatt für Blatt umschlagen können
- Ein tolles Geschenk zu Weihnachten und zum Jahreswechsel – nicht nur für Polizeibeschäftigte

Format 40 x 50,4 cm **10,90 €**



Im Paket zum Sonderpreis!

Paket 1

Polizeiterminer, Polizeikalendar und Wandkalender 2015.

17,50 €

Paket 2

Polizeiterminer und Polizeikalendar 2015.

7,50 €

Tipp: Alle Preise zuzüglich Versandkosten von 3,50 €, die ab einem Auftragswert von 50,00 € entfallen. Sparen Sie Geld, indem Sie sich einer Sammelbestellung bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) oder Ihrer Dienststelle anschließen – oder organisieren Sie selbst eine Sammelbestellung mit Ihren Kolleginnen und Kollegen. Buchhandelsbestellungen sind nicht möglich.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Tel. 0211 7104-212 · Fax 0211 7104-270 · vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de